

Ausgabe 01/2022 | [www.youli.junge-liberale.de](http://www.youli.junge-liberale.de)

# YouLi

**Das Mitgliedermagazin der Jungen Liberalen Hessen**

# LIEBE JUNGE LIBERALE HESSEN.

Es ist wieder soweit! Das YouLi ist da. Unser Mitglieder-  
magazin von Euch für Euch. Diese Ausgabe steht im Zeichen  
der „offene Gesellschaft“. Eine offene Gesellschaft ist nicht  
nur ein in den letzten Jahrzehnten entwickeltes Idealbild  
einer jeden demokratischen Gesellschaft. Das Konzept ist  
auch von jeher eng mit dem Liberalismus verknüpft und  
stellt die persönliche Freiheit und individuelle Verantwor-  
tung in den Mittelpunkt. Doch was meinen wir konkret,  
wenn wir von einer offenen Gesellschaft sprechen?

Natürlich steht sie für Weltoffenheit, Offenheit für andere  
Menschen und Kulturen, für unterschiedliche Weltan-  
schauungen und Lebensweisen. All diese Werte sind essen-  
zielle Teile einer offenen Gesellschaft.

Ursprünglich geht der Begriff jedoch auf das Gesellschafts-  
modell des Philosophen Karl Raimund Popper zurück und  
wurde in seinem einflussreichen Werk „Die offene Gesell-  
schaft und ihre Feinde“ aus dem Jahr 1945 geprägt. Seine  
Definition stellt vor allem die Gewaltenteilung und Kritik-  
fähigkeit in den Vordergrund. Gleichzeitig wendete er sich  
damit gegen totalitäre Staatsformen wie den Faschismus  
und den Kommunismus.

Eine offene Gesellschaft setzt vor allem persönliche Frei-  
heit voraus, aber auch individuelle Verantwortung für die  
Folgen eigenen Handelns. Sie lebt von der Vielfalt und Tole-  
ranz gegenüber Andersdenkenden.

Diese Merkmale und Werte könnten nicht aktueller sein und  
werden von jeder demokratischen Gesellschaft angestrebt.  
Wir empfinden unsere Gesellschaft historisch gesehen als  
offener und demokratischer denn je, dennoch gibt es immer  
wieder Konfliktpunkte und Bedrohungen für dieses Gesell-  
schaftsmodell.

Auch wenn wir in dieser Ausgabe des YouLi längst nicht alle  
wichtigen Themen, die für eine offene Gesellschaft wichtig  
sind, abdecken können, wollen wir den Blick für verschie-  
dene Sichtweisen öffnen, und beleuchten das Thema daher  
in den unterschiedlichsten Facetten. Wir haben bei Euch,  
den JuLis, nachgefragt, welche Aspekte Euch dabei beson-  
ders wichtig sind und viele interessante Texte bekommen.  
Mit Diversität, der Benachteiligung von Frauen, Migrati-  
ons- und Integrationsaspekten und dem Konfliktpoten-  
tial von Identitätspolitik decken wir ein breit gefächertes  
Spektrum an Unterthemen ab und lassen verschiedenste  
Stimmen zu Wort kommen und ihre Meinung äußern, ganz  
im Sinne einer offenen Gesellschaft.

**Insofern wünschen wir viel Freude am Lesen der aktuellen  
Ausgabe unseres YouLi-Magazins. Wir freuen uns im An-  
schluss auch über Feedback und Anmerkungen!  
Und nun ganz viel Spaß mit dem neuen YouLi!**

**Eure Jana & Viola**

# INHALT

|    |                                                      |
|----|------------------------------------------------------|
| 4  | Slawa Ukrajini                                       |
| 8  | Das destruktive Wesen der Identitätspolitik          |
| 11 | Geschlechterquote – doch eine Lösung!                |
| 14 | Powerful Feminists                                   |
| 16 | Wie Diversität in Unternehmen gehemmt wird.          |
| 18 | #metoo in der Politik: Wie nah ist Hollywood?        |
| 20 | Debattenarena: Pro Frauenquote                       |
| 22 | Debattenarena: Contra Frauenquote                    |
| 24 | Diversität - Ein liberales Herzensthema              |
| 26 | Pawlowscher Reflex – (un)konditionierte Männlichkeit |
| 28 | Antisemiten hassen nicht nur Juden                   |
| 30 | Vom Migranten zum Deutschen                          |
| 32 | Alltagsrassismus und seine Facetten                  |
| 34 | Ismail Tipi über den Islamismus in Deutschland       |
| 36 | Neues aus dem Landtag                                |
| 38 | Unsere lokalen "Macher"                              |
| 40 | LAK-News                                             |
| 42 | KV-News                                              |
| 45 | News aus dem BuVo                                    |
| 46 | Rezensionen                                          |
| 48 | Auf einen Kaffee mit ... Oliver Stirböck             |
| 50 | Redaktion                                            |

# SLAWA UKRAJINI



Autor: Niklas Hannott (26) ist Landesvorsitzender der JuLis Hessen und arbeitet als Lehramtsreferendar an einem Gymnasium in Biedenkopf. Ihr erreicht ihn unter [hannott@julis.de](mailto:hannott@julis.de).



Der 24. Februar 2022 stellt eine Zeitenwende dar. Als ich am Morgen die Nachrichten eingeschaltet habe, war ich schockiert, fassungs- und sprachlos. Etwas, was ich mir nicht vorstellen konnte, ist plötzlich Realität geworden: In Europa herrscht Krieg.

Auch wenn es nicht leicht ist, Worte für dieses brutale und menschenverachtende Vorgehen zu finden und sich ein Gefühl der Ohnmacht einstellt – Wenn Putin von einem „Genozid“ und der „Entnazifizierung“ spricht, dann muss die liberale Weltgemeinschaft ihm geschlossen widersprechen. Unsere Stimmen und Worte sind eine wirkungsvolle und mächtige Waffe. Nutzen wir sie und benennen klar, was in der Ukraine vor sich geht: der russische Präsident hat sich dafür entschieden, völlig unbegründet einen An-

griffskrieg gegen die Ukraine zu führen und das Völkerrecht zu brechen.

Wir solidarisieren uns vollumfänglich mit der ukrainischen Bevölkerung und müssen sie vollumfänglich unterstützen, wenn mitten in Europa Menschenrechte im wahrsten Sinne unter Beschuss stehen. Die härtesten Sanktionen gegenüber dem russischen Aggressor genauso wie die unkomplizierte humanitäre und militärische Unterstützung der Ukraine sowie die Aufnahme von Flüchtlingen sind dabei das Mindeste. Daneben ist es aber mindestens genauso wichtig zu betonen, dass wir natürlich auch an der Seite der mutigen Russinnen und Russen stehen, die sich wie Marina Ovsyannikova trotz der Gefahren für ihr eigenes Leben gegen den Krieg stellen.

Ich bin sehr froh und dankbar, dass viele JuLis in ganz Hessen eine so klare Kante zeigen und auf die Straße gehen. Als Liberale verteidigen wir unsere Grundwerte nicht nur bis zum eigenen Gartenzaun, sondern wir setzen uns weltweit für Frieden, Freiheit und Demokratie ein. Denn am Ende ist eines ganz klar: Die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine sind nicht verhandelbar!











# DAS DESTRUKTIVE WESEN DER IDENTITÄTSPOLITIK

## Karl Poppers Konzept der offenen Gesellschaft ...

Karl Poppers Werk „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“ hat die westliche Wissenschaft und Politik maßgeblich beeinflusst und nachhaltig geprägt. 1945 erschienen war es eine Reaktion auf den nationalsozialistischen Terror und als Kampfansage gegen jegliche totalitären Systeme zu verstehen. Die offene Gesellschaft, wie sie hier definiert wird, zeichnet sich vor allem durch die Freiheit des Einzelnen aus. Jede Person hat darin eine unveräußerliche Würde und die Freiheit, ihr Leben nach den eigenen Wünschen zu gestalten. Gleichzeitig trägt sie damit auch die Verantwortung für ihr Handeln. In einer offenen Gesellschaft gilt die Freiheit als Condition humaine schlechthin.

Auf die Wissenschaft bezogen kommt Popper in seiner Abhandlung zu dem Schluss, dass es kein sicheres Wissen gebe beziehungsweise es nur so lange als sicher angesehen werden könne, wie es nicht widerlegt wurde. Ergo besteht Wissenschaft immer nur aus Vermutungen und ist für Kritik offen. Fehler und deren Widerlegung sind somit der Kern der Wissenschaft.

Ebenso wie Popper Offenheit, Kritik- und Lernfähigkeit für die Wissenschaft beansprucht, setzt er diese Eigenschaften auch für die Gesellschaft voraus. Auch sie muss offen für Kritik und Veränderungen sein. Für die Menschen in einer offenen Gesellschaft bedeutet dies konkret: „Wir müssen uns klar werden, dass wir andere Menschen zur Entdeckung und Korrektur von Fehlern brauchen – und sie uns. Insbesondere auch Menschen, die mit anderen Ideen, in einer anderen Atmosphäre aufgewachsen sind. Auch das führt zur Toleranz.“

## ... und ihrer Feinde

Diejenigen, die diese Meinungsvielfalt beschneiden wollen, sieht Karl Popper als die Feinde der offenen Gesellschaft an. Es sind vor allem diejenigen, die für sich reklamieren, ein allgemeingültiges, universales Wissen zu besitzen. Aus diesem Anspruch folgt die angebliche Legitimität, über andere bestimmen zu können und zu dürfen. Die Beanspruchung eines allgemeingültigen Wissens oder einer Moral steht zwangsläufig im Gegensatz zur Freiheit des einzelnen Menschen, da ihm somit jegliche Urteilsfähigkeit und Legitimation abgesprochen wird. Die Bedrohung der offenen Gesellschaft und damit der Demokratie fängt dort an, wo bestimmte Ansichten zum Ideal und widersprechende Meinungen als nicht mehr sagbar deklariert werden.

Genau das ist in den letzten Jahren leider zunehmend zu beobachten. Mit dem Einzug der Identitätspolitik (also einer Politik, die auf die Bedürfnisse einzelner spezifischer Gruppen ausgerichtet ist) in die Wissenschaft kommt es zu einer Diskursverengung, welche vor allem durch Moralisierung des eigenen Standpunkts und Diskreditierung des Gegners vonstattengeht.

## Ist die Wissenschaftsfreiheit in Gefahr?

Besonders an Universitäten ist das Problem mittlerweile offensichtlich. Unter vielen Wissenschaftlern wächst das Unbehagen an einer identitätspolitischen Aufladung des wissenschaftlichen Diskurses. Bestimmte Theorien und Konzepte werden komplett tabuisiert. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich dennoch mit ihnen auseinandersetzen, erfahren Anfeindungen und Ächtungen bis hin zum Ausschluss von wissenschaftlicher Diskussion

und Teilhabe. Eine moralistische Aufladung führt immer häufiger zu Forderungen, jede möglicherweise als kränkend zu empfindende Äußerung zu unterbinden. Durch Identitätspolitik ist demnach das Wesen der Wissenschaft, die auf Objektivität und Rationalität beruht, in Gefahr.

Als Reaktion auf die deutlich wahrnehmbare Verengung des wissenschaftlichen Diskurses wurde 2020 das Netzwerk Wissenschaftsfreiheit, das aus promovierten Forschern aller Fachrichtungen besteht, gegründet. Das Netzwerk hat seitdem eine Häufung der Fälle von Zensur und Redeverboten sowie eine starke Zunahme von Dogmatismus und Intoleranz an den Hochschulen beobachtet. Das reicht von „harmloseren“ Fällen, in denen Studierende sich weigern, klassische Werke ihres Faches zu lesen, weil sie sich dadurch traumatisiert fühlen, bis hin zu Lehrenden, die um ihre Position fürchten müssen, wenn sie besagte Werke nicht vom Lehrplan streichen. Es mehren sich Berichte über abgesagte Veranstaltungen, (erzwungene) Rücktritte von Professorinnen und Professoren, Demonstrationen in Hörsälen und den Ausschluss aus universitären Gremien.

Die Forderungen nach Streichung von Lehrinhalten, Aussortierung von Büchern oder dem Ausladen von Rednern, die nicht in das eigene Weltbild passen, zeugen nicht gerade von Toleranz und stellen selbst eine Ausgrenzung sondergleichen dar. Diese Einengung des Diskurses zu tolerieren und zu akzeptieren,

bedeutet, sich selbst zu zensieren. Wissenschaft ist kein Schutzraum und auch unliebsame Themen dürfen und müssen hier angesprochen werden.

Selbstverständlich sollte man an Theorien Kritik

**„Wo jede Kommunikation in eine Anklage umschlagen kann, ist die offene Diskussion nicht mehr möglich.“**



üben und Klassiker hinterfragen dürfen. Solange es sich um sachliche Kritik handelt, die offen vorgetragen wird und das Gegenüber zu Wort kommen lässt, spricht überhaupt nichts dagegen. Wo jedoch jede Kommunikation in eine Anklage umschlagen kann, ist die offene Diskussion nicht mehr möglich.

### **Was bedeutet das für unsere Gesellschaft?**

Nicht nur in der Wissenschaft, auch in öffentlichen Debatten gewinnt die Identitätspolitik zunehmend an Relevanz. Von dieser Entwicklung geht gleichermaßen eine Bedrohung der Meinungs- und Redefreiheit aus. Durch die Fokussierung auf Gruppen steht die Identitätspolitik dem Individualismus, welcher eine wesentliche Komponente des politischen Liberalismus darstellt, konträr gegenüber. Identitätspolitik ist zwangsläufig antiindividualistisch und mit Vielfalt nicht vereinbar. Sie spiegelt ein dualistisches Weltbild in Form einer „Gut gegen Böse“-Mentalität wider und stellt immer eine Grenzziehung zwischen dem Eigenen

und dem Anderen dar. Damit übernimmt die Identitätspolitik paradoxerweise ebenjene Kategorisierung, die sie zu bekämpfen behauptet. Sie spaltet die Gesellschaft in Opfer und Täter und polarisiert so sehr, dass der Minderheitenschutz in der Abwertung der Mehrheit mündet.

Daraus folgt ein weiteres Problem für die Debattenkultur: Man begegnet Kritik nicht mehr argumentativ, sondern brandmarkt den Gegner stattdessen als moralisch nicht vertretbar. Somit geht man natürlich den einfacheren Weg, anstatt sich einer schwierigen Diskussion zu stellen, der man ansonsten vielleicht nicht gewachsen wäre. Durch die Delegitimation der anderen Position und Person umgeht man die Notwendigkeit, sich mit ihr auseinanderzusetzen. Ein solches Verhalten muss zwangsläufig zur Aushöhlung einer der wichtigsten demokratischen Werte, der Meinungsfreiheit, führen. Und „nur wenn alle die Meinungsfreiheit der anderen aushalten, können sie diese Freiheit selbst dauerhaft genießen.“

**Karl R. Popper**

**Freiheit und intellektuelle Verantwortung. Politische Vorträge und Aufsätze aus sechs Jahrzehnten.**

**Hrsg. von Hans-Joachim Niemann. Tübingen: Mohr Siebeck 2016, S. 220.**

**Matthias Lohre**

**Das Opfer ist der neue Held. Warum es heute Macht verleiht, sich machtlos zu geben.**

**Sonderausg., Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2021, S. 110.**



**Jana Stock (27) ist Chefredakteurin des YouLi. Ihr erreicht sie unter [jana.stock@julis.de](mailto:jana.stock@julis.de).**

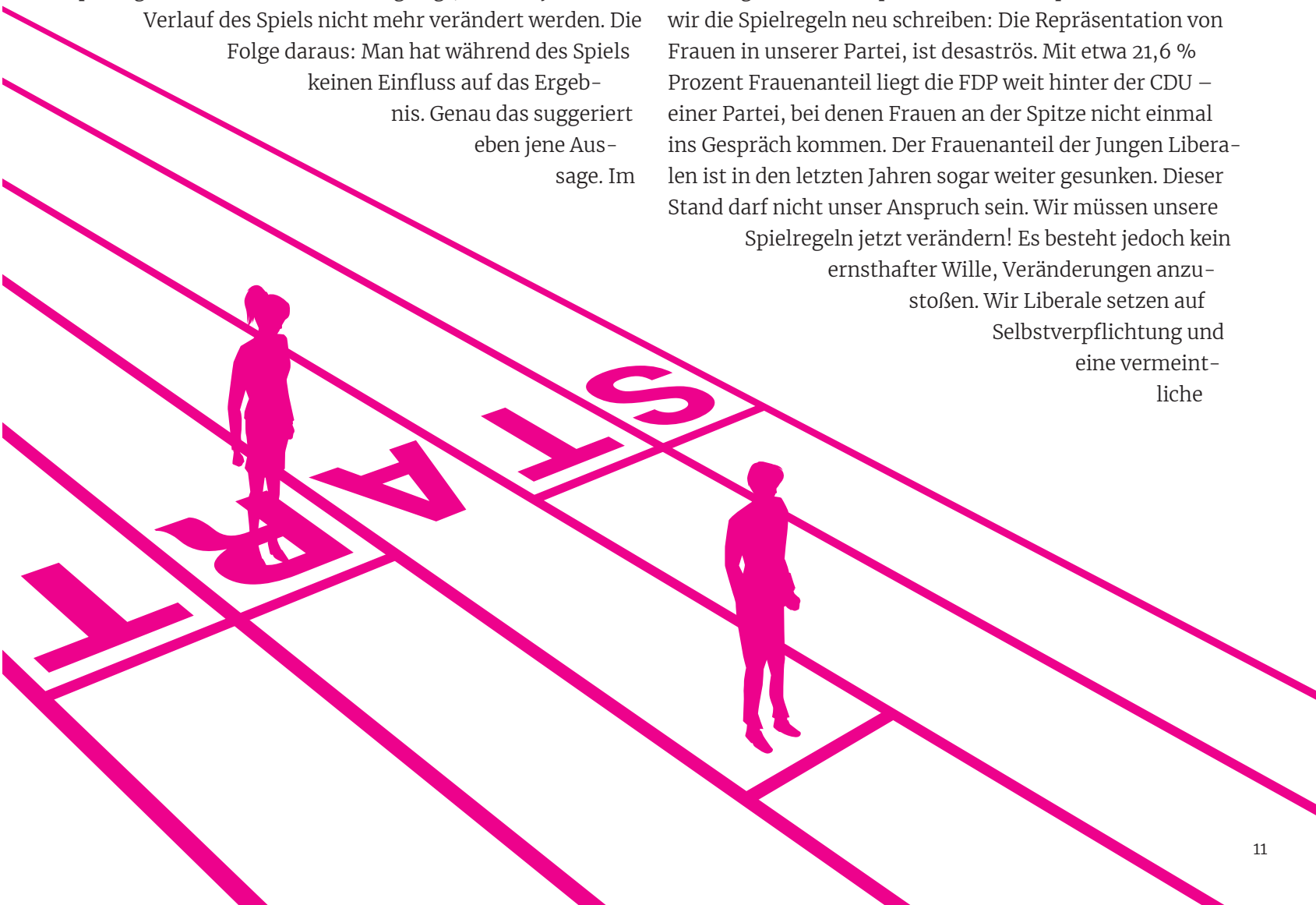
# GESCHLECHTERQUOTE. DOCH EINE LÖSUNG!


„Das größte Problem sind die Spielregeln“, sagte Bettina Stark-Watzinger in einem Interview zu dem katastrophalen Frauenanteil bei der FDP und den Jungen Liberalen.

Spielregeln sind im Vorhinein festgelegt, können jedoch im Verlauf des Spiels nicht mehr verändert werden. Die Folge daraus: Man hat während des Spiels keinen Einfluss auf das Ergebnis. Genau das suggeriert eben jene Aussage. Im

gesellschaftlichen Zusammenhang kann man die Spielregeln aber ändern – genau das ist die Aufgabe der Politik.

In Bezug auf die innerparteiliche Frauenpolitik müssen wir die Spielregeln neu schreiben: Die Repräsentation von Frauen in unserer Partei, ist desaströs. Mit etwa 21,6 % Prozent Frauenanteil liegt die FDP weit hinter der CDU – einer Partei, bei denen Frauen an der Spitze nicht einmal ins Gespräch kommen. Der Frauenanteil der Jungen Liberalen ist in den letzten Jahren sogar weiter gesunken. Dieser Stand darf nicht unser Anspruch sein. Wir müssen unsere Spielregeln jetzt verändern! Es besteht jedoch kein ernsthafter Wille, Veränderungen anzustoßen. Wir Liberale setzen auf Selbstverpflichtung und eine vermeintliche





Chancengleichheit. Dadurch versuchen wir tiefgreifende gesellschaftliche Probleme, wie eben auch dieses, zu lösen. Wir haben „Ladies Brunch“ veranstaltet, versucht Empowermentprogramme voranzutreiben und „Female-Fridays“ auf Social Media implementiert. Dennoch gibt es weiterhin viel zu wenig junge Frauen, die sich dazu entscheiden bei den JuLis einzutreten, werden inaktiv oder treten wieder aus. Daraus lässt sich schlussfolgern, dass die aktuellen Konzepte nicht funktionieren.

Wir Liberale vergleichen Politik gerne mit der Wirtschaft. Wir denken sie regelt sich von selbst.

Doch wann fangen wir an Politik als das zu sehen, was sie ist? Grundsätzlich funktioniert nicht jedes Konzept aus der Wirtschaft auch in der Politik, da im politischen Kontext andere Faktoren eine Rolle spielen als im Wirtschaftlichen. Die Politik hat den Anspruch die Bevölkerung in all ihren Facetten zu repräsentieren. Aus diesem Grund achten wir bei der Wahl von Listen und Vorständen auf den Proporz, ergo der Repräsentation möglichst vieler Kreisverbände. Und das völlig zurecht. Wir geben somit einem nicht leistungsbezogenen Merkmal einer Person große Aufmerksamkeit, da wir wissen, dass wir somit signifikant mehr Menschen vertreten können. Welcher wirtschaftliche Akteur legt Wert auf solche Merkmale? Schier niemand.

Umso kurioser erscheint eine generelle Ablehnung vieler Liberaler gegen eine Geschlechterquote. Man würde Menschen nicht nach ihrer Leistung bewerten. Dieses Argument hat eine Doppelmoral. Es ist heuchlerisch. Wir sollten eine Quote nicht im Vorhinein ausschließen. Wir Liberale sollten jedes Thema von möglichst unterschiedlichen Gesichtspunkten betrachten, um am Ende zu der besten Entscheidung zu kommen.

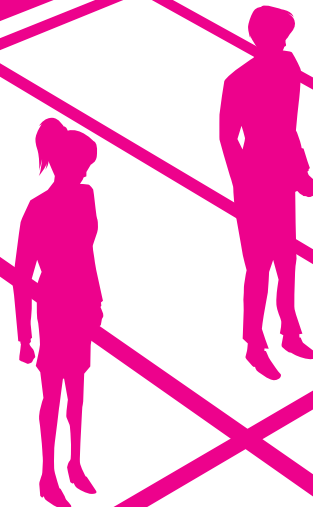
Im Rahmen der Debatte über eine Geschlechterquote wird oft das Wort „Nachhaltigkeit“ verwendet. Dadurch dass man Frauen bevorzuge, würden sich Geschlechterrollen verfestigen. Zudem erhalte eine Frau nicht denselben Respekt für ihre Arbeit, wenn sie eine Position durch eine Quote erlange. Dies ist jedoch ein fadenscheiniges Argument, denn Frauen haben unter anderem durch verschiedene soziale und medizinische Herausforderungen immer noch schwerer als ihre männlichen Kollegen.

Eine Studie von der Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft aus dem Oktober 2021 zeigt eine Vielzahl der Gründe dafür auf. Sie reichen von dem weniger Ernstnehmen von Wortmeldungen einer Frau und einem frauenfeindlichen Parteienklima, über die Instrumentalisierung von Frauen für die Außenwahrnehmung, und einem schlechteren Netzwerk bis hin zur sexuellen Belästigung. Zudem sehen sich 65 Prozent der Politikerinnen unter einem höheren Erwartungsdruck, was ihre Leistung, ihre äußere Erscheinung und ihr Auftreten sowie ihr Privat- und Familienleben betrifft.

Eine Geschlechterquote könnte den Weg zu einer paritätischen Geschlechterverteilung in der Politik und somit einer zur Bevölkerung proportionalen Repräsentation der Geschlechter verkürzen. Sie schafft Vorbilder und vor allem die Fähigkeit Politik von Frauen für Frauen zu machen. Die Geschlechterquote ist ein Bestandteil der Lösung, jedoch müssen wir die innerverbandlichen Strukturen wie in der Studie beschrieben auch insgesamt frauenfreundlicher gestalten.



# START



**Maxima Trabert (17)** ist Schülerin und kommt aus dem KV Offenbach. Als Mitglied des Landesvorstands arbeitet sie im Ressort Presse mit. Ihr erreicht sie unter [maximatrabert@julis.de](mailto:maximatrabert@julis.de)



**Nora Schumann (20)** ist Stellv. Vorsitzende des KV Hochtaunus und Leiterin des LAK Offene Gesellschaft. Neben ihrem Studium ist sie als Rettungssanitäterin tätig.

# POWERFUL FEMINISTS

## WARUM EINE FEMINISTISCHE AUSSENPOLITIK AUCH ZIEL VON LIBERALEN SEIN SOLLTE.

Politik ist Männersache, Sicherheitspolitik erst recht. Viel zu oft herrscht auch in Deutschland noch diese Politikvorstellung vor. In einem harten Politikfeld, wie der Außen- und Sicherheitspolitik mag dies nicht überraschen. So war das mediale Interesse groß, als im Koalitionsvertrag der Ampel-Koalition nun von einer „Feminist Foreign Policy“ (FFP) die Rede war. Das Medienecho war hierbei insbesondere von Verwunderung, in konservativen Kreisen auch Håme, geprägt. Dass sich die Bundesregierung einer FFP verschreibt ist ein besonderer Paradigmenwechsel der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Besonders da es einen grundsätzlichen Wandel im globalen Agieren Deutschlands bedeutet. Doch was bedeutet FFP überhaupt? Wie kann Außenpolitik feministisch ausgestaltet werden?

### It's the gender stupid!

Grundlage einer FFP ist der globale Einsatz für Geschlechtergerechtigkeit, welche über die Außenpolitik eines Staates gefördert werden soll. Die weitere Ausgestaltung einer FFP ist jedoch stark von der jeweiligen Lesart abhängig. Hierbei möchte ich in diesem Artikel zwischen zwei Lesarten unterscheiden – einer pazifistischen und einer realistischen. Die pazifistische Lesart wird am prominentesten durch das Center for Feminist Foreign Policy (CFFP) vertreten. So definiert das CFFP: „FFP scrutinises the destructive forces of patriarchy, capitalism, racism, and militarism across all issue areas, such as the climate crises, migration, and trade,

as well as its practices, including policymaking, diplomacy, and aid.”

Dieser Logik folgend sind Konflikte und Kriege die Folge des Patriarchats, dessen Abschaffung Ziel einer FFP sein soll. So lässt sich der pazifistische Ansatz des CFFP vereinfacht erklären, welches eine Demaskulinisierung der Außen- und Sicherheitspolitik als Ziel hat. In einer demaskulinisierten Außen- und Sicherheitspolitik müsste folglich jegliches Militär abgeschafft werden und auf jegliche Form militärischer Abschreckung verzichtet werden, da das CFFP dem Konzept der „Human Security“ folgt. So steht man konträr zu realistischen Sicherheitskonzepten, welche die internationale Ordnung als anarchisch betrachten und den Staat als wichtigsten Akteur in der internationalen Ordnung definieren. Realistischen Sicherheitskonzepte sehen in der Folge den Schutz des Staates als wichtigste Aufgabe an und nutzen hierfür Instrumente, wie das Militär.

Jedoch müssen sich feministische und realistische Sicherheitskonzeptionen nicht ausschließen. So haben Schweden, Mexiko und Kanada – allesamt Staaten, die sich bereits einer FFP verpflichtet haben bekanntlich nicht ihr Militär abgeschafft. Schweden, welches sich 2014 als erstes Land zu einer FFP bekannte, zeigt hierbei gut auf wie man realpolitisch eine konventionelle Außen- und Sicherheitspolitik um feministische Ansätze erweitern kann. Im Zentrum der FFP

stehen die sogenannten three Rs – Rights, Representation and Resources. Ziel der FFP ist es die Rechte, Repräsentation und Ressourcen von Frauen und Mädchen auf der Basis der Realität, in der diese leben zu stärken. Zentral für dieses Konzept ist dessen intersektionale Natur. Dies bedeutet, dass unterschiedliche Lebensumstände, unterschiedliche Einflussmöglichkeiten und unterschiedliche Bedürfnisse von Frauen und Mädchen in verschiedenen Ländern in die Politikformulierung- und Ausgestaltung miteinbezogen werden. Anstatt einer One Size fits all – Lösung, wird also eine möglichst individuelle Politik als Ziel ausgegeben. Ziel der FFP ist es somit Frauen und Mädchen weltweit zu stärken und zu befähigen, ein eigenständiger und unabhängiger Teil der Gesellschaft zu sein, um diese Gesellschaft zu stärken. Die Räume in denen solche Politiken implementiert werden finden sich in der klassischen diplomatischen Arbeit, jedoch insbesondere in der Entwicklungszusammenarbeit (EZ).

Warum und wie sollten Liberale eine FFP unterstützen?

Eine FFP nach schwedischem Vorbild, welche Frauen und Mädchen global stärken und zu einem unabhängigen Leben befähigen möchte und gleichzeitig nicht die grundsätzliche anarchische Struktur der internationalen Ordnung verkennt sollte auch für Deutschland und insbesondere für Liberale ein unterstützenswertes Unterfangen sein. Der intersektionelle Charakter einer solchen FFP führt dazu, dass man Frauen und Mädchen als Individuen und nicht als Kollektiv betrachtet. Durch die Befähigung dieser Individuen stärkt man deren Kapazitäten und in der Folge die gesellschaftliche Stellung von Frauen und Mädchen. Hierdurch wird eine Gesellschaft im Ganzen resilienter und effizienter, wodurch der materielle Output optimiert wird.

Insbesondere in fragilen Kontexten, in denen Frauen und Mädchen oftmals Opfer struktureller und direkter Gewalt sind, ist es wichtig diesen Pfad einzuschlagen, um einen nachhaltigen Frieden zu sichern. Eine besondere Stellung auf diesem Weg nimmt die Agenda 2030, mit ihren 17 Zielen zur Nachhaltigen Entwicklung, (SDGs) der Vereinten Nationen ein. Diese stellt auch für die EZ der Bundesrepublik den Grundpfeiler dar. Wenn die Ampel-Koalition es mit der FFP ernst meint, muss die deutsche EZ über alle Politikfelder hinweg sich zu den Zielen der Agenda 2030 bekennen und diese auch durch ihre Politik real verfolgen. Insbesondere SDG 5 zur Geschlechtergerechtigkeit muss hierbei stets im Fokus stehen.

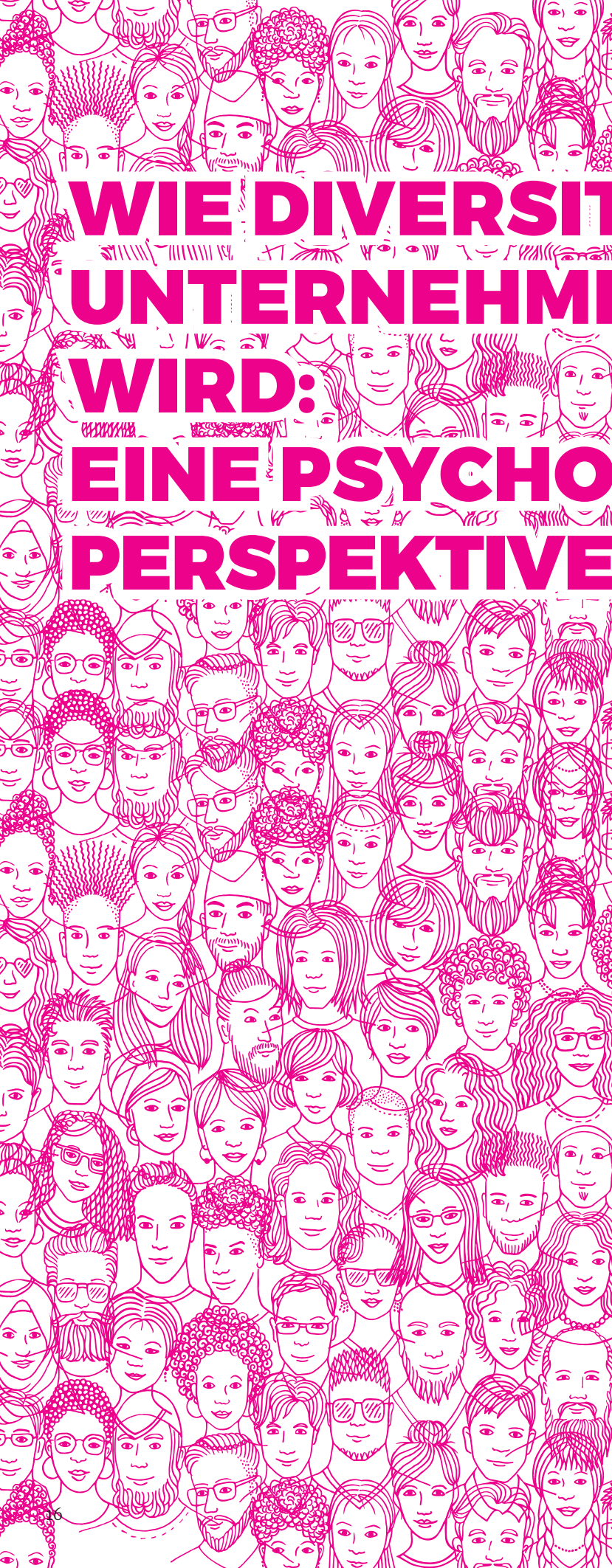
Ein konkretes Beispiel zur Anwendung stellt die EZ in der Sahelzone dar. Die dortigen Länder stehen allesamt durch Konflikte, Sicherheitsrisiken und den Klimawandel in einem fragilen Kontext und weisen hohe Fertilitätsquoten vor. Eine feministische EZ, welche in Frauenförderung und Geschlechtergerechtigkeit investiert könnte eine direkte Auswirkung auf die Fertilitätsquoten und somit die dort vorherrschende Subsistenzwirtschaft haben. Ein geringeres Bevölkerungswachstum kann die Evolution zu einem industriellen Wirtschaftssystem beschleunigen und somit auch Migrationsanreize kürzen. Geringere Migrationsanreize führen folglich zu einem geringeren Abfluss von Humankapital.

Eine solche FFP, welche sich besonders in der EZ widerspiegelt und Individuen konkret befähigt ein besseres Leben führen zu können und somit lokale Gesellschaften stärkt sollte sowohl ideell als auch realpolitisch ein Ziel von Liberalen sein.



**Calvin Nixon (24) ist Stellv. Landesvorsitzender für Programmatik. Ihr erreicht ihn unter [nixon@julis.de](mailto:nixon@julis.de)**





# WIE DIVERSITÄT IN UNTERNEHMEN GEHEMMT WIRD: EINE PSYCHOLOGISCHE PERSPEKTIVE

Diversität ist auch in der Unternehmenswelt angekommen. Endlich. Eine durchaus positive Entwicklung, wenn man sich die letzten Jahrzehnte in der Arbeitswelt betrachtet. Doch reicht es aus, in der Employer Branding Kampagne mit Diversität zu werben, nur weil es Gen Y und Z hören wollen? Wird das Unternehmen dadurch diverser? Wohl kaum, lediglich das Image verbessert sich. Es reicht nicht, als Unternehmen zum CSD jährlich das Profil Logo bei LinkedIn zu ändern und auf der eigenen Website groß dafür zu werben. Diversität sollte ein Grundbaustein der Unternehmenswerte sein und täglich gelebt werden. Für die jüngeren Generationen ein absolutes Must als Arbeitgeber. Dies war auch Ergebnis einer globalen Studie der Marketingagentur LEWIS (2021). Die Werte des Unternehmens stehen für Gen Z bei der Unternehmenswahl bereits an zweiter Stelle, direkt nach der Möglichkeit für persönliche Entwicklung. Und auch aus der unternehmerischen Perspektive können diverse Teams einen enormen Mehrwert bieten. Mit Diversität kann eine erhöhte Produktivität einhergehen. Mitarbeiter bringen verschiedene Erfahrungen und unterschiedliches Wissen ein. Auch eine verbesserte Kreativität kann gemessen werden. Verschiedene Ansätze und Lösungsvorschläge führen zu unkonventionellen Lösungen, welche bis zu diesem Zeitpunkt noch keine Beachtung geschenkt wurden. Tatsächlich kann durch Diversität auch der Gewinn von Unternehmen gesteigert werden. Dies fand u.a. die Studie „Women in Business and Management: The business case for change“ der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) heraus. „Über 57 Prozent der befragten Unternehmen bestätigten, dass Gender Diversity die Business Performance verbessert. Fast Zweidrittel der Unternehmen, die über ein aktives Monitoringssystem für Geschlechtervielfalt

in Führungspositionen verfügen, konnte ihre Gewinne um 5 bis 20 Prozent steigern.“ (ILO, 2019).

Durch Diversität und eine Sprachvielfalt in der Belegschaft verschaffen sich Unternehmen einen Vorteil gegenüber ihren Wettbewerbern insbesondere bei einer globalen Expansion. Aber auch innerhalb der Teams kann Diversität Toleranz schaffen, interkulturelle Kompetenzen werden gefördert und nicht zuletzt wird der Teamspirit gestärkt. Dadurch senkt sich ebenfalls die Mitarbeiterfluktuation. Bei einem angenehmen Arbeitsklima möchten die Beschäftigten das Unternehmen nicht verlassen.

Eine enorme Vielzahl an Gründen, weshalb Diversität in Unternehmen essenziell ist. Doch warum stellen die HR-Manager dann weiterhin immer dieselben Leute ein? Die Antwort: sie wissen es (meistens) selbst nicht. Es gibt eine ganze Reihe von unbewussten Denkprozessen und „Fallen“, in die Personalern immer wieder treten und damit Diversität ausschließen.

Allen voran der psychologische Similar-to-me-Effekt. Wie der Name schon vermuten lässt: Menschen bevorzugen andere, die ihnen ähnlich sind. Dies ist beim Recruiting ein absoluter Diversitätshemmer. Es werden vor allem Menschen eingestellt, die den Personalern ähneln und ihnen dadurch sympathischer erscheinen. Dies kann auf unterschiedlichen Grundlagen beruhen. Ähnliche Charaktereigenschaften, Gewohnheiten, Aussehen oder Erlebtes machen, dass wir manche Menschen auf Anhieb sympathischer finden als andere.

Und auch nach der Einstellung gibt es zahlreiche Denkfehler und „Abkürzungen“, die das Gehirn nimmt, um schnell und effizient zu einer Entscheidung zu kommen. Der Confirmation-Bias beispielsweise sorgt dafür, dass wir unsere Meinung und Einstellung gegenüber Personen bestätigen wollen und nehmen diese Reize besonders stark wahr, wäh-

rend wir andere lieber ausblenden. So werden Vorurteile gefestigt und bestätigt „Ich wusste schon von Beginn an, dass er total faul ist“.

Doch was kann dagegen unternommen werden? Die Unconscious Biases sind die hinterhältigsten, denn sie sind, wie der Name vermuten lässt, unbewusst. Jeder Mensch fällt früher oder später darauf rein. Es besteht jedoch die Möglichkeit, diese kognitiven Verzerrungen zu umgehen, indem man sich diesen Effekten bewusst wird. Einige Unternehmen bieten ihren Mitarbeitern inzwischen die Möglichkeit an Workshops und Weiterbildungsmaßnahmen teilzunehmen, in welchen über die Unconscious Bias aufgeklärt wird und erläutert wird, wie sie am besten erkannt werden. Ziel führend kann es sein bei wichtigen Entscheidungen seine eigenen Gedanken zu hinterfragen. Warum finde ich diese Person sympathisch? Bei Einstellungsgesprächen kann es außerdem helfen, objektivere Kriterien miteinzubeziehen, statt sich auf subjektive Empfindungen zu verlassen. Das sogenannte Bauchgefühl ist nicht in jedem Fall der beste Ratgeber.



**Viola Gebek (22) ist Stellv. Vorsitzende im KV Main-Taunus und Chefredakteurin des YouLi. Sie studiert im Master Sustainable Marketing & Leadership und schreibt ihre Masterthesis über Unconscious Biases in der Führung.**

# #METOO

## IN DER POLITIK: WIE NAH IST HOLLYWOOD?

Über vier Jahre ist es her, dass die Vorwürfe gegen den Filmproduzenten Weinstein die #metoo-Bewegung auslösten. Das Muster der bis heute andauernden Enthüllungen ist erschreckend gleich: mächtige, berühmte Täter, mit einflussreichen Freunden und Netzwerken, die in einer Vielzahl von Fällen über Jahre übergreifend wurden. Allzu oft erwies sich das Verhalten des Täters als „offenes Geheimnis“, auf das allenfalls subtil angespielt wurde, das aber von niemandem offen auszusprechen gewagt wurde.

Die Prominenz der Fälle verleitet schnell dazu, das Problem in weiter Ferne zu verorten, getreu dem Motto: „Bei uns gibt’s sowas doch nicht!“ Die aufgedeckten Mechanismen sind aber nicht nur auf die Welt von Film und Fernsehen beschränkt. Eine Analyse zeigt Probleme in vielen anderen Bereichen und auch Handlungsbedarf im eigenen politischen Raum auf.

„Power corrupts, and absolute power corrupts absolutely“: Lord Actons Worte haben nicht nur für Staatskritik und Gewaltenteilung Relevanz, sie sind vielmehr auch Ausdruck einer psychologischen Erkenntnis. Das Gefühl, sich alles erlauben, mit allem durchkommen zu können, verleitet Menschen zu schädlichen Verhaltensweisen. Niemand hat diese Arroganz besser beschrieben als Donald Trump, der vor anderen Männern damit prahlte, er brauche Frauen nicht um Zustimmung zu fragen, da sie ihn, als „Star“, schon gewähren ließen. Das war kein „locker room talk“ – so sein Rechtfertigungsversuch im Präsidentschaftswahlkampf –, es war ein erschreckend ungefilterter Einblick in Strukturen des Machtmissbrauchs.

Macht und Missbrauchspotenzial liegen nicht nur bei absoluten Spitzenpositionen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft vor. Ausreichend ist ein relatives Ungleichgewicht. Nicht nur der CEO, sondern jeder Vorgesetzte kann seine Angestellten in eine Zwangslage bringen. Für das Neu-

mitglied in einer Partei oder Jugendorganisation sind auch die Amts- und Mandatsträger vor Ort Autoritätspersonen, deren Wohlwollen für das eigene politische Fortkommen existenziell ist.

Machtmissbrauch funktioniert nur, solange weggesehen wird. Bei Gewalt im öffentlichen Raum ist die fehlende Zivilcourage, der Bystander-Effekt, wohlbekannt. Niemand fühlt sich zuständig, niemand möchte etwas sagen. So kommt es auch bei #metoo Fällen zu dem Phänomen, dass alle hinterher empört sind, aber niemand je etwas mitbekommen haben will. Hinzu kommen jene, denen aus Opportunismus ein guter Draht zum mächtigen Täter wichtiger ist als die Lage der Opfer. Wieder andere stellen den Schutz der Institution vor den Schutz ihrer Mitglieder, und sehen deshalb nicht im Machtmissbrauch, sondern in seinem öffentlichen Bekanntwerden das eigentliche, zu verhindernde Problem. Institutionenschutz, der mit Täterschutz gleichgesetzt wird, ist aber auf Dauer zum Scheitern verurteilt, wie die katholische Kirche zeigt. Und dann gibt es noch all jene, die den Täter verteidigen, um den eigenen Ruf zu retten – weil sie als Mitarbeiter oder politische Verbündete Teil seines Netzwerks sind und zur Ermöglichung und Verdeckung der Taten beitrugen.

Auch im politischen Raum gibt es Strukturen des Machtmissbrauchs. Die Vergabe von Posten, das Anbieten politischer Förderung oder die Drohung, die Karriere zu verhindern, sind in den falschen Händen verheerende Werkzeuge. Hinzukommt oft noch die Verknüpfung politischer mit wirtschaftlicher Abhängigkeit, wenn Praktika und Arbeitsverhältnisse angeboten werden. #metoo heißt nicht nur plumpe Anmache oder offene Nötigung. Erfahrene Täter wissen genau, wie sie oft deutlich jüngere Mitglieder zunächst durch harmlos wirkende Aufmerksamkeit und vermeintlich politisch motivierte Förderung in Situationen

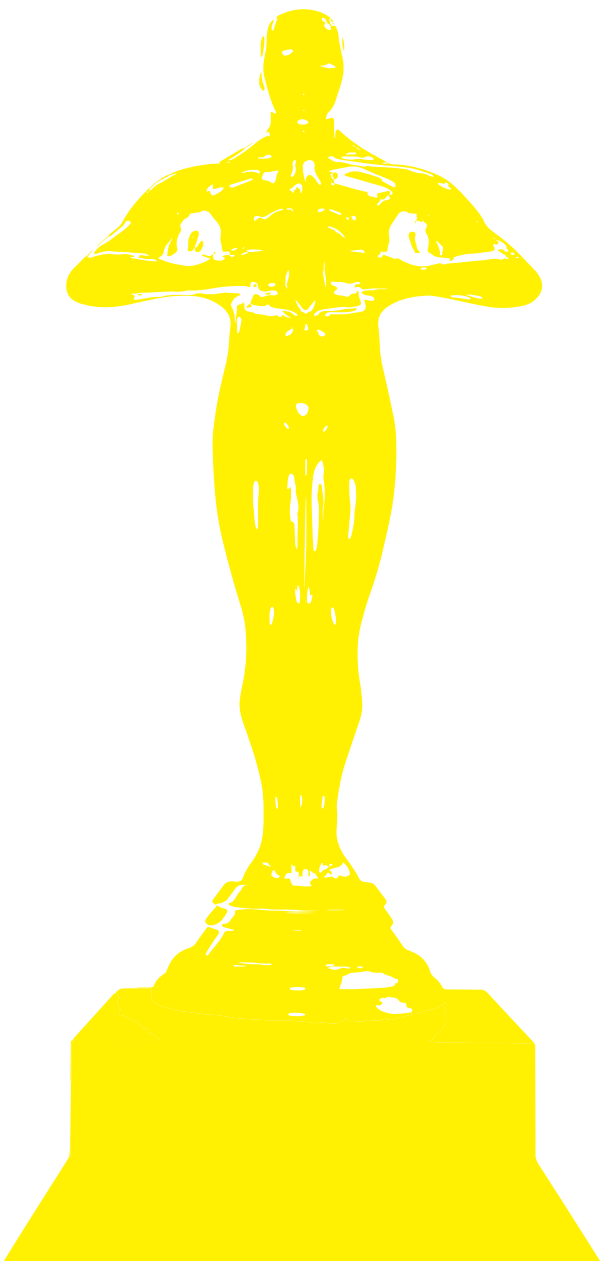


manövrieren, in denen das „Nein“ sagen noch schwerer fällt, als es die Machtstellung ohnehin schon macht.

Was ist zu tun? Schweigekartelle bricht man nur auf, wenn für Führungskräfte innerhalb von Organisationen Meldepflichten installiert werden und Vertuschen bestraft wird, wie es die Satzung der Bundes-JuLis neuerdings ausdrücklich vorsieht. Es braucht flächendeckend Ansprech- und Vertrauenspersonen, in den Verbänden wie auch in den Parlamenten. Es bedarf darüber hinaus einer Kultur der Zivilcourage, in der sich jeder dafür mitverantwortlich fühlt, und in der Widerspruch zu übergriffigem Verhalten gelobt und nicht als „Nestbeschmutzung“ kritisiert wird. Eine Kultur der Verantwortlichkeit, in der es nicht erst zum

Äußersten kommen muss, sondern sexistische Strukturen konsequent unterbunden werden. In der Grapschereien und digitale Belästigung nicht verharmlost, sondern konsequent verfolgt werden. In der sich von Tätern und Helfern sichtbar distanziert wird und diese nicht wieder in Verantwortung gewählt werden. Das klingt vielleicht einfach und selbstverständlich – aber wer solche Fälle erlebt hat, weiß, wie schwer es ist und welche Argumente reflexhaft kommen: Sexuelle Grenzüberschreitungen werden mit persönlicher Sympathie („Eigentlich ist er doch ein Netter“, „mir ist aber noch nichts passiert“) oder fachlicher Leistung aufgerechnet oder jeweils als Problem außerhalb der eigenen Zuständigkeit gesehen.

Missbräuchliche Machtstrukturen werden nur überwunden, wenn sich die anderen Führungspersonen, etwa Vorstandsmitglieder, nicht wegduckern, sondern die Augen aufhalten, sich für ihre – gerade neuen und jüngeren – Mitglieder verantwortlich fühlen, nachfragen, wenn sie ein schlechtes Gefühl haben, Hilfe anbieten. Immer wieder für das Thema sensibilisieren und darüber sprechen, denn Tabus und Schweigen schützt die Täter. Und ohne falsche Rücksicht ihren Amtskollegen die Meinung sagen, wenn Grenzen überschritten werden. Am Ende ist klar: Der Kampf gegen Machtmissbrauch ist Führungsverantwortung. Und Führungsverantwortung bewährt sich nicht in Kandidaturreden, sondern im Ernstfall.

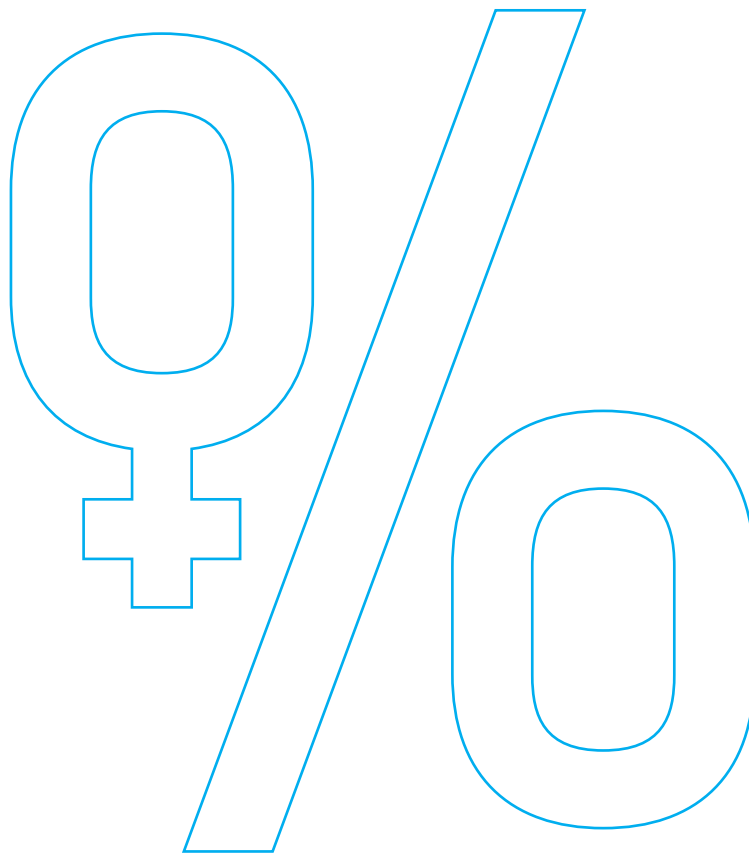


**Marc Bauer (27) ist Mitglied des Bundesvorstandes.**  
Ihr erreicht ihn unter [marc.bauer@julis.de](mailto:marc.bauer@julis.de)

Wir stehen alle gemeinsam ein für eine freie und eigenverantwortliche Gesellschaft. Dringlichst müssen wir uns gerade beim Thema Frauenquote der unangenehmen Wahrheit stellen: ein System auf freiwilliger Basis hat nicht funktioniert. Derzeit ist in den Management-Etagen deutscher Firmen ein Frauenanteil von knapp 13% vorzufinden. Wenn die Entwicklung so weiter geht wie in den letzten zehn Jahren, stehen wir 2050 bei einer Frauenquote von gerade einmal 20%. Diese Unterrepräsentanz durch mangelnde Qualifikation zu erklären ist schlicht falsch. Frauen schließen häufiger einen Universitätsabschluss ab als Männer, doch sind sie trotzdem seltener in den oberen Ebenen der wirtschaftlichen Hierarchie anzutreffen. Dabei gibt es gute Gründe für mehr weibliches Personal in Entscheidungspositionen.

Die Studie „Women matter“ von McKinsey ergab, dass Unternehmen mit einer höheren Anzahl an Frauen in Chefetagen überdurchschnittlich rentabel sind. Weiterhin wachsen diese Unternehmen im Schnitt schneller als ihre Konkurrenz. Auch die Aktien dieser Unternehmen haben überdurchschnittliche Raten an Wachstum und Ausschüttungen. Gründe dafür sind vielfältig, so bringen Frauen oftmals neue Blickwinkel und Ansichten in die Debatte ein. Sie gelten gemeinhin auch als dialogorientierter und weniger risikobereit und können somit die strategische Ausrichtung eines Unternehmens nachhaltig verbessern. Allerdings ist die einzelne „Quotenfrau“ dazu nicht in der Lage. Empfohlen wird hier eine sogenannte „kritische Masse“ von circa 30% Frauen.

Zwingende geschlechterparitätische Besetzung in allen Bereichen ist allerdings nach wie vor abzulehnen, da sie Druck aufbaut und künstliche Konkurrenz erzeugt, nicht



## DEBATTENARENA PRO **FRAUENQUOTE** FREIWILLIGKEIT HAT NICHT **FUNKTIONIERT**

zu Gleichberechtigung führt und weder Frauen, Gesellschaft noch Wirtschaft nachhaltig voranbringt. Bei gleicher Qualifikation und einer unterdurchschnittlichen Quote an weiblichem Personal in einer bestimmten Hierarchie ist jedoch eine Bevorzugung der Frau in Erwägung zu ziehen und im Zweifel notfalls auch gesetzlich durchzusetzen. Wichtig ist hierbei, dass Sanktionen oder hohe Strafen abzulehnen sind. Ein Unternehmen darf und sollte nicht zu Zwangs-



abgaben genötigt werden, wenn keine passende Kandidatin im Bewerbungsprozess anzutreffen ist. Gleichsam kann man auch über die Idee von anonymisierten Bewerbungen sprechen, bei denen das Geschlecht, Aussehen und Herkunft gänzlich ausgelassen werden, um eine möglichst neutrale Sicht auf die Leistungen und Fähigkeiten einer Person zu ermöglichen.

Ein solcher Eingriff in die Personalpolitik von Unternehmen in der freien Wirtschaft kann aber nur der erste Schritt sein zu einer Entwicklung mit dem Ziel, die aktuellen gesellschaftlichen Verhältnisse, Ungerechtigkeiten und Vorurteilen gegenüber Frauen in Führungspositionen zu überwinden. In einer wahrhaft freien und offenen Gesellschaft muss es dafür keine Quoten und Gesetze geben, nur zeigt die Realität in den HR-Abteilungen ein anderes Bild. So herrschen dort auch heute noch gewisse Vorurteile, Falschwahrheiten und veraltete Gesellschaftsbilder vor.

Jetzt werden sicherlich einige sagen: und was ist mit den Männern? Stellen wir sie damit nicht schlechter? Meine Meinung ist diesbezüglich ganz klar: Nein. Ein Aufbrechen der alten sozial-hierarchischen Strukturen ist auch für den männlichen Teil der Bevölkerung ein wichtiger Schritt. So ist es nicht mehr zeitgemäß, Männer immer nur auf ihre Ambitionen und Funktionalität in Politik und Wirtschaft zu reduzieren oder ihnen die Fähigkeit zu emphatischen, sozialen oder kreativen Handlungen bzw. Jobs gänzlich abzusprechen.

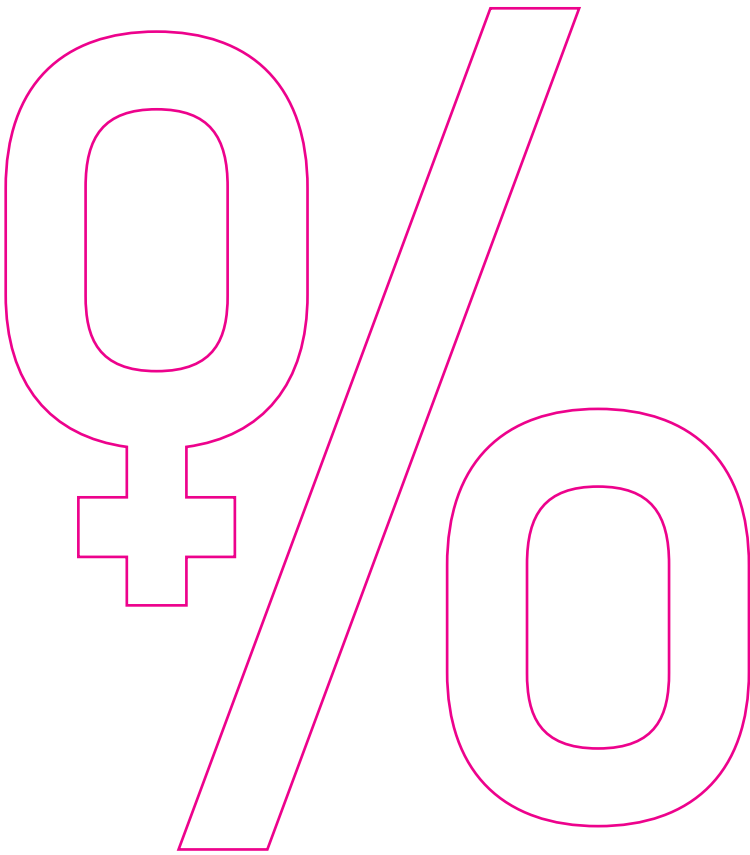
Und was ist, wenn wir unqualifizierte oder unterqualifizierte Frauen einstellen müssen wegen einer Frauenquote? Gegenfrage: Was ist denn mit den ganzen mittelmäßig bis unqualifizierten Männern in hohen Positionen? Ich erinnere nur kurz an die CSU-Verkehrsminister der letzten Jahre. Wenn wir die Frage nach unqualifizierten Persönlichkeiten in Entscheidungspositionen stellen, dann müssen wir diese (sehr notwendige) Debatte neutral von Geschlechtern führen. Eine Debatte über die Strukturen in deutschen Behörden und Firmen ist definitiv von Nöten, diese aber nur auf Frauen zu reduzieren, geht am Ziel vorbei.

Es ist an der Zeit, dass wir neu denken, dass wir uns der Realität stellen und polemische Diskussionen auf Stammtisch-Niveau hinter uns lassen, genauso wie das ständige Einschließen auf die subjektiven Befindlichkeiten einiger weniger. Die Frage nach einer Frauenquote ist nur eine von vielen Fragen, die gestellt werden darf und gestellt werden

muss, um eine Entwicklung hin zu einer wahrlich freiheitlichen und egalitären Gesellschaft zu schaffen. Dass eine Frauenquote von 50:50 bei Waldarbeitern, Friseuren und Bauarbeitern keinen wahren Mehrwert bedeuten würde, muss uns dabei auch bewusst sein. Dennoch kann selbst eine Frauenquote „light“ in den Führungsriege unserer Republik einige Veränderungen, die für uns alle wünschenswert wären, herbeiführen. Mein Appell ist deshalb eine Abkehr von überspitzten Debatten, bei denen Hardcore-Feministen aus dem radikal-linken Milieu gegen Chauvinisten aus dem rechten, ewig-gestrigen Milieu antreten, und wir so tun, als gäbe es keinen Mittelweg oder gar keine anderen Positionen in der Gesellschaft. Wir als Partei der bürgerlich-liberalen Mitte sollten genau diesen Mittelweg aus voller Überzeugung vertreten, propagieren und damit die polemisch-lauten, ad-absurdum geführten Talks bei Anne-Will und Co. übertönen.



**Carl Parnack (23) ist Student der Wirtschaftswissenschaften an der Goethe-Uni Frankfurt und wohnt im Offenbacher Nordend. Seine politische Heimat bei den JuLis hat er vor drei Jahren gefunden, dort ist er nun Landesgeschäftsführer im Landesverband und Stellv. Vorsitzender für Programmatik im Regionalverband Offenbach. In der FDP Offenbach ist er als Beisitzer aktiv. Ihr erreicht ihn unter [carl.parnack@web.de](mailto:carl.parnack@web.de)**



# DEBATTENARENA **CONTRA** **FRAUENQUOTE**

## DAS FALSCHES VERSTÄNDNIS VON GLEICHBERECHTIGUNG

Kein Thema bringt mich so sehr auf die Palme wie die Diskussionen rund um die Frauenquote (mal abgesehen von der Forderung von „kostenlosen“ Damenhygieneartikeln auf öffentlichen Toiletten).

Das erste, was mir zu dem Thema in den Sinn kommt, ist die Tatsache, dass niemand, wirklich niemand jemals eine Frauenquote im Hoch- oder Tiefbaugewerbe, auf Ölbohrinseln oder sonstigen eher männlich besetzten Berufen gefordert hat. Geht es um die Frauenquote, sprechen wir

meistens von „Machtpositionen“ wie Vorstandsposten oder politischen Ämtern. Zwar wird es in den Medien hoch gefeiert, wenn junge, gutaussehende Frauen sich für einen Job in der Werkstatt entschieden haben und darin gut sind, aber von einer Quotenforderung bzw. einer gesetzlichen Regelung in diesen Bereichen habe ich persönlich noch nie gehört oder gelesen. Im Zuge meiner Recherche zu diesem Beitrag hat sich herausgestellt, dass der Anteil an weiblichen Auszubildenden im Handwerk jährlich steigt, was mich persönlich sehr freut. Es geht eben auch ohne Quote.

Mein zweiter Gedanke ist: seit wann ist es wieder erstrebenswert auf sein Geschlecht reduziert zu werden?

Ich kann nicht nachvollziehen, wie man im Zeitalter von #diversity und #didujustassumemygender ernsthaft auf etwas setzt, dass so derartig nach Geschlechterdifferenzierung schreit wie die Frauenquote. Bereits vor zwei Jahren habe ich einen Beitrag zu diesem Thema geschrieben und dort erläutert, dass ich mir nicht vorstellen möchte, in einen Raum zu kommen in dem alle davon ausgehen, dass ich den Job, für den ich durchaus fachlich

qualifiziert bin, nur aufgrund einer zu erfüllenden Quote bekommen habe und ich zufällig als Frau geboren wurde und mich als solche definiere. Wie ernst kann ich mich und meine Fähigkeiten dann noch nehmen? Und wenn ich mich nicht ernst nehmen kann, wie sollen es dann meine Kollegen tun?

Das Argument, dass es leider Frauenquoten bräuchte, damit sich etwas ändert, empfinde ich als sehr schwach, wenn nicht sogar als falsch. Etwas durch Zwang (und nichts

anderes ist so eine Quote) durchsetzen zu wollen, stößt erst einmal auf Ablehnung und Skepsis. Wenn Frau etwas in der Arbeitswelt nicht braucht, ist es noch mehr Skepsis. Diese staatlich geförderte „Besserstellung“ und „Bevorzugung“ ist nämlich genau das Gegenteil von Feminismus und Emanzipation. Es impliziert eher, dass Frauen nicht fähig sind, es durch eigene Arbeit zu schaffen und „Unterstützung“ benötigen. Unter dieser Prämisse wird kein männlicher Kollege seine Kollegin für gleichwertig qualifiziert halten.

Aus eigener Erfahrung kann ich bestätigen, dass Frauen stellenweise weniger intensiv gefördert werden als ihre männlichen Kollegen, um die hohen Positionen im Unternehmen ohne Quote zu erreichen. Das ist ein Umstand, den man kritisieren kann, allerdings ist es mir eindeutig angenehmer, etwas nicht aus eigener Kraft geschafft zu haben, als hinterher als Vorzeigeprodukt herhalten zu müssen, weil man ja super zeitgemäß eine Frau eingestellt oder befördert hat.

Die Einführung der Frauenquote als größter Beitrag zur Gleichberechtigung seit dem Frauenwahlrecht zu bezeichnen ist nicht nur anmaßend, sondern schlichtweg falsch. Eine Frauenquote ist keine Gleichberechtigung, sie ist eine Bevorzugung. Es wird nicht darüber gesprochen, welche Qualifikationen ein Bewerber mitbringt, es dreht sich nur darum, ob das Geschlecht das richtige ist.

Ebenso ist es mir unbegreiflich, wie Frauen sich auf Magazin-Covern ablichten lassen können und gestehen, dass sie stolz darauf sind, eine Quotenfrau zu sein.

Wie schon Eleanor Roosevelt sagte: "Eine Frau ist wie ein Teebeutel – du kannst erst beurteilen, wie stark sie ist, wenn du sie ins Wasser wirfst."

Herausforderungen bringen uns dazu, das Beste aus uns rauszuholen, deshalb sollten wir sie angehen und es uns nicht in der Opferecke bequem machen und auch noch stolz darauf sein, dass uns ein Gesetz auf unser Geschlecht reduziert.



**Leonie Schikora (28) ist Stellv. Vorsitzende für Organisation im KV Gießen und Leiterin des LAK Internationales, Verteidigung und Weltraum. Ihr erreicht sie unter [schikora@julius.de](mailto:schikora@julius.de).**



Wir als Liberale glauben an die Freiheit. Wir glauben an den Fortschritt. Wir glauben an das Gute im Menschen: An jedes Individuum mit all seinen Träumen, Talenten und Lebensentwürfen. Damit glauben wir auch an die Vielfalt: Sie ist untrennbar Teil unseres Weltbildes. Sie ist die Farbe, mit der das Bild der Freiheit gemalt wird.

Für uns als politischer Jugendverband liegt ein enormer Wert in der individuellen Diversität. Die Diversität des Einzelnen bringt vieles mit sich: Verschiedenste Persönlichkeiten, unterschiedlichste Lebensgeschichten und Lebensherausforderungen. Aber damit auch ganz eigene Erfahrungen der Realität und somit individuellste Blickwinkel. Um möglichst viele junge Menschen zu erreichen, müssen wir uns mit liberalen Antworten auf diese verschiedenen Fragestellungen aufwarten können. Vielfalt schafft einen weiten Horizont. Nicht nur kann es die bloße Weite der Beschlusslage erweitern, sondern auch für die Qualität und Tiefe der Beschlüsse von Vorteil sein. Es muss damit im Interesse jedes einzelnen Jungliberalen sein, unserem Verband einen möglichst breiten Horizont zu geben. Es

sollte uns allen etwas daran liegen, diese anderen und womöglich neuen Perspektiven stärker zu fördern und in die Mitte des Verbandslebens zu integrieren. Vor allem aber diese Blickwinkel auch aktiv zu hören und sie zu berücksichtigen. Mehr Diversität kann aber auch einfach auch mehr Identifikationsmöglichkeiten für die Breite der Gesellschaft bedeuten. Damit auch für jedes Neumitglied.

In Teilen des Verbandes wird die gezielte Förderung der innerverbandlichen Diversität fälschlicherweise gleichgesetzt mit einer Art Diskriminierung anderer bei uns breit repräsentierter Gruppen. Das Thema Diversität kann schnell emotionale Debatten und bei Einzelnen reine Polemik auslösen. Wir dürfen uns aber nicht davon ablenken lassen, dass wir große Lücken in der innerverbandlichen Diversität haben. Trotz großem Mitgliederzuwachs ist etwa unser Frauenanteil gesunken: Auf unter 20%. Weniger als einer von fünf Mitgliedern der Jungen Liberalen ist eine Frau. Und diese Zahl steht symbolisch dafür, dass viele Lebensrealitäten im Verbandsleben keine Rolle spielen: Sie finden nicht statt, wir können nicht an ihnen teilhaben. Und das, obwohl seit Jahren mehr Vielfalt und Diversität gepredigt

wird. Das Ergebnis unserer bisherigen Bemühungen: Die Probleme sind schlimmer geworden. Wir müssen uns da selbstkritisch fragen, was wir hätten anders machen können, was wir besser hätten machen müssen. Zur Ehrlichkeit gehört dazu, dass es auch am Commitment gefehlt hat, Diversität wirklich anzupacken. Viel zu lange wurde nur darüber gesprochen. Es wurden halbherzige Papiere vorgelegt, ohne ein klar erkennbares Ziel oder einer Ursachenanalyse, sodass das Problem bis zur nächsten Iteration liegengelassen werden konnte. Große Initiativen und Reformen, statt Beschäftigungstherapien, hätten kommen müssen.

Dabei wäre es einmal Zeit, systematisch und selbstkritisch unsere Defizite zu analysieren und aufzuarbeiten. Eine Bestandsaufnahme der Kontaktpunkte mit dem Verband gehört genauso dazu, wie eine offene Befragung der Mitglieder zu ihren Erfahrungen im Verband und ihren Beobachtungen zu Neumitgliedern oder Interessenten, die sich nicht haben gewinnen lassen. Das selbstkritische Graben und systematische Aufbereiten dieser im Verband verstreuten Erfahrungen kann erst die Grundlage dazu liefern, gezielt unsere Schwächen zu bekämpfen. Wer Probleme lösen will, muss sie auch erkennen können. Seien sie bei der Erarbeitung klarer Einführungsprogramme, (Re-)Aktivierungsbemühungen oder flexiblere und neue Beteiligungs-/Einbringungsformate. Die vermeintlichen Weisheiten und die oberflächlichen Lösungsansätze dazu haben eines bewiesen: Der bisherige Ansatz wird auch bei wiederholter Anwendung keinen Erfolg bringen. Es ist Zeit, endlich neu zu denken: Dafür ist die Diversität zu wichtig.

Kurzum: Lasst uns ein Bild der Freiheit malen, das so bunt ist, wie die Gesellschaft und jeder einzelne Mensch selbst. Dafür müssen wir bei uns anfangen und das Thema beherzt anpacken. Probleme müssen gelöst werden, nicht überpinselt.



**Nora Schumann (20) ist stellv. Kreisvorsitzende im Hochtaunuskreis, Beisitzerin im Bezirksvorstand und studiert aktuell Zahnmedizin und Wirtschaftswissenschaften**



**Felix Meixner (22) ist Mitglied des KV Frankfurt und studiert aktuell an der Goethe Universität.**

# **DIVERSITÄT: EIN LIBERALES HERZENSTHEMA**



Der moderne Mann steht im ständigen Spannungsfeld zwischen klassischem Rollenverhalten und westlicher Neu-  
moderne. Der Begriff der Männlichkeit bedarf der ständigen  
Anpassung, welcher einen neuen Diskurs auslöst und die  
Schwierigkeit, einen Konsens zu ermitteln, obstruiert. Wie  
wird Männlichkeit also definiert und wann wird dessen  
Repräsentation toxisch?

Toxische Männlichkeit bezeichnet die destruktive Rollen-  
erwartung, die das Verhalten des männlichen Geschlechtes  
starr vorgibt, sowie traditionell-konservativen Charakter-  
eigenschaften unterliegt.

Diese soziale Norm beschreibt auch ein Konstrukt, wel-  
ches in der patriarchalen Gesellschaft entstand und sich  
schließlich etablierte. Dabei wird nonkonformes Verhalten  
meist gesellschaftlich negativ sanktioniert, das zu Diskri-  
minierung, hierarchischen Denkmustern und psychischen  
Belastungen führen kann.

Eine Entstehung von chauvinistischem sowie sexistischem  
Verhalten ist hier zuweilen eine Folge entsprechender Sozi-  
alisation, bei der die Familie als Primärgruppe am stärksten  
zur Prägung des Heranwachsenden beiträgt. Auf das Indi-  
viduum wird direkt und am häufigsten Einfluss genommen,  
da Wertvorstellungen, Normen sowie Verhaltensmuster  
ihren Ursprung in der Kindheit finden. Erlerntes wird meist  
beim Heranwachsen im soziokulturellen Milieu reflektiert  
und sogar verstärkt.

Wird einem Jungen in der Kindheit vermittelt, dass bspw.  
das Spielen mit Puppen nur als Mädchen angemessen ist  
oder die Farbe blau geschlechtsspezifisch mit dem männ-  
lichen Geschlecht assoziiert wird, formen sich die ersten  
Stereotypen. Fortgeführt und gefestigt werden genannte  
Strukturen vorwiegend in der Sekundärgruppe, d.h. im  
Schul- und Arbeitsalltag sowie dem Freundes- und Be-  
kanntenkreis.



Weichen männliche Individuen von dem gängigen Klischee  
ab und vertreten sogar gesellschaftlich zugeordnet weib-  
liche Freizeitaktivitäten, wie zum Beispiel das Backen,  
Kochen oder Musizieren, fühlen sich diese schon früh mit  
sozialer Ausgrenzung konfrontiert. Es wird als atypisch an-

# PAWLOWSCHER REFLEX (UN)KONDITIONIERTE MÄNNLICHKEIT



**Julia Ill (22) ist Mitglied im Kreisverband Frankfurt am Main und ist angehende Abiturientin. Ein Interesse besteht besonders für die Themen Finanzen, Ökonomie, und Feminismus.**

Doch warum fühlt sich im 21. Jahrhundert der Großteil der Bevölkerung immer noch bedroht von einem Mann in einem Kleid, geschminkt oder mit lackierten Fingernägeln?

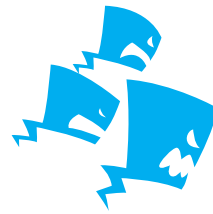
Ferner werden mit toxischer Männlichkeit vielzählige Folgen in Verbindung gebracht. So können ungesunde Bewältigungsstrategien im Hinblick auf eigene emotionale Zustände, wie bspw. Trauer und Hilflosigkeit entstehen. Wut resultiert in Aggression und ggf. körperlichen Auseinandersetzungen, da emotionales sowie „schwaches“ Verhalten Frauen zugeordnet wird. Somit werden Gefühle regelmäßig unterdrückt. Statistisch gesehen, ist die Mordrate bei Männern höher als bei Frauen, da Schwäche nicht zugelassen wird und daher auch seltener ein Arzt konsultiert wird. Auch die Ablehnung typisch „weiblicher“ Verhaltensweisen ist eine weitere negative Auswirkung der toxischen Männlichkeit, welche Sexismus inkludiert. Der chauvinistische Mann betrachtet also die Frau als sozial untergeordnet und lehnt auch andere Männer ab, die nicht „stark“ und „unterwürfig“ sind.

Zusammenfassend ist also eine zwanghafte Anpassung an ein männliches Rollenbild destruktiv und sogar toxisch. Meiner Meinung nach ist „Männlichkeit“ eine offene Begrifflichkeit, die die Komplexität eines Geschlechtes oder Menschen an sich nicht in einem Wort benennen kann. Soziales Verhalten ist zu weitreichend, um dieses zu generalisieren. Die männliche Entwicklung und Selbstfindung wird um einiges erleichtert, wenn Dinge sowie Attribute nicht mit Geschlechtern assoziiert werden, sondern die Möglichkeit wahrgenommen wird, geschlechtsunabhängig seine Vorlieben, Werte, Freizeitbeschäftigungen und optisches Erscheinungsbild zu entwickeln.

gesehen und daher klar abgelehnt. Auch Emotionalität und Empathie werden oft Mädchen und Frauen zugemessen. Folglich sind diese Eigenschaften eher negativ in Bezug auf Männlichkeit konnotiert.

Auch optische Merkmale wie Kleidung oder Frisur werden den einzelnen Geschlechtern zugeordnet. Langes Haar oder das Tragen von Röcken sowie Kleidern gelten als „weiblich“, weshalb genannte vorhandene Attribute und Bekleidungs-mittel bei männlichen Individuen verpönt sind. Als bspw. der Musiker Harry Styles im Jahre 2020 ein dekadentes Rüschenskleid in dem Frauenmagazin „Vogue“ trug, löste dies einen Skandal aus. Der Aufschrei gegen „Feminisierung der Männer“, laut der Aktivistin Candace Owens, und die Forderung nach mehr „männliche[n] Männer[n]“ war groß.

# ANTISEMITEN



# HASS<sup>EN</sup>

## NICHT NUR JUDEN, SONDERN AUCH DIE PRINZIPIEN UNSERER OFFENEN GESELLSCHAFT



Fast ein Drittel der Deutschen glaubt, in einer „Scheindemokratie“ zu leben, so das Ergebnis der vom SWR in Auftrag gegebenen Umfrage des Allensbach-Instituts. Die Corona-Pandemie hat dem Vertrauen der Deutschen in unsere Demokratie erheblichen Schaden zugefügt. Seit über zwei Jahren befindet sich die ganze Welt in einem Ausnahmezustand. Aus notwendigen Gründen wurden seither auch die Freiheitsrechte der Menschen weltweit eingeschränkt. Dieser Umstand befeuerte allerdings nicht nur das Infragestellen unseres politischen Systems, sondern auch gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und den Glauben an Verschwörungserzählungen. Während unzählige Bürgerinnen und Bürger das Versammlungsrecht beanspruchen, um ihre Unzufriedenheit mit den beschlossenen Corona-Maßnahmen kundzutun, wurde im Gleichschritt Geschichtsrevisionismus und Antisemitismus auf offener Straße artikuliert. Dass gerade in Deutschland Menschen sagen, sie würden sich wie die im Nationalsozialismus verfolgten und ermordeten Jüdinnen und Juden fühlen, während sie von einem demokratischen Recht Gebrauch machen, ist unfassbar.

Die Geschichte hat mehrfach gezeigt, dass sobald die Situation komplex wurde, Jüdinnen und Juden zu Sündenböcken und Feindbildern erklärt wurden. Um das Vertrauen in die Demokratie zu stärken, müssen wir als Gesellschaft Resilienz und Ambiguitätstoleranz lernen! Diese Fähigkeiten hat die Coro-

na-Pandemie auf die Probe gestellt, als Gesellschaft haben wir, beim Blick auf die Allensbach-Umfrage, nicht bestanden.

Die Offene Gesellschaft ist keine Selbstverständlichkeit, sondern eine Errungenschaft. Es bedarf einer gesamtgesellschaftlichen Kraftanstrengung, um die Werte, die die Offene Gesellschaft auszeichnen, immer wieder aufs Neue sicherzustellen. Ein Gesellschaftssystem, das auf der Sicherung von Bürger- und Freiheitsrechten fußt und für die Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger einsteht, muss gleichermaßen konsequent sein im Kampf gegen die Feinde dieser Prinzipien.

In ganz Europa verzeichnen wir eine Zunahme von jüdenfeindlichem Gedankengut, die unser Zusammenleben mit dem Virus des Antisemitismus infiziert. Die Einen machen die Jüdinnen und Juden für einen angeblichen Bevölkerungsaustausch verantwortlich, die Anderen verharmlosen die schrecklichen Verbrechen des Nationalsozialismus und den Holocaust, wieder andere glauben, dass Jüdinnen und Juden in einem geheimen Bund planen, die Weltherrschaft an sich zu reißen und wieder andere machen den jüdischen und demokratischen Staat Israel verantwortlich für alles Leid in der Welt. Verschwörungserzählungen sind gefährlich und Judenhass noch mehr. Denn dieser geht immer mit einem Gewaltpotenzial einher. Wenn Jüdinnen und Juden aus Angst



um ihre Sicherheit jüdische Symbole abnehmen oder verstecken, in der U-Bahn leise über den letzten Synagogenbesuch oder andere jüdische Themen sprechen oder gar ihren Kindern raten, ihre jüdische Identität lieber zu verheimlichen, leben wir nicht in einem gesunden gesellschaftlichen Zustand, sondern in einem tieferkrankten! Denn offensichtlich gilt Freiheit und Selbstbestimmung nicht für alle gleichermaßen.

Laut der EVZ-Studie glauben 40 % der Deutschen, ihre Vorfahren wären selbst Opfer des Nationalsozialismus gewesen und über 65 % sind davon überzeugt, dass ihre (Ur-)Großeltern den Opfern geholfen hätten. Diese Zahlen zeigten, dass die Aufarbeitung des NS-Regimes noch lange nicht abgeschlossen ist. Während an Gedenktagen Menschen ein Schild mit dem Slogan „Nie Wieder“ in ihr Social Media Feed posten, fragen sich Jüdinnen und Juden, was das restliche Jahr über geschieht, um die Selbstbestimmung und Freiheit von Jüdinnen und Juden in Deutschland sicherzustellen. Denn ob an der Uni, auf dem Arbeitsplatz oder im Netz – Jüdinnen und Juden sind leider nie zu 100 % sicher vor antisemitischen Anfeindungen oder Übergriffen. Als es im Mai und Juni letzten Jahres bundesweit zu antisemitischen Ausschreitungen kam – in Gelsenkirchen beispielsweise, vor der Synagoge eine wütende Menge „scheiß Juden“ brüllte, fragten sich viele Jüdinnen und Juden, ob sie noch sicher in Deutschland seien. Viele sorgten sich um ihre Freunde und Familienangehörigen, die Opfer eines Übergriffs hätten werden können und wieder wurde uns empfohlen, unsere jüdischen Symbole zu verstecken. Wir wollen aber keine Opfer sein und auch nicht zu solchen stilisiert werden! Seit über 1700 Jahren leben Jüdinnen und Juden auf dem Gebiet des heutigen Deutschlands. Es gibt eine sehr reiche deutsch-jüdische Geschichte. Dennoch sind den Wenigsten beispielsweise die „SCHUM-Städte“ (Abkürzung für: Speyer, Worms und Mainz) ein Begriff. Im Mittelalter wurde „SCHUM“ auch als das Jerusalem am Rhein bezeichnet, weil die jüdische Kultur dort damals ihre Blütezeit in Europa erlebte. In Deutschland sind jüdische Riten und Schriften entstanden, die bis heute weltweit gelernt und praktiziert werden und die jüdische Philosophie trug zu unserem heutigen Verständnis von Recht und Menschenrecht bei. Jüdisches Leben gehört zu Deutschland!

Antisemitismus ist kein „Problem der Juden“, sondern eines, das die gesamte Gesellschaft betrifft. Denn Antisemiten hassen nicht nur Jüdinnen und Juden, sondern auch die Prinzipien unserer offenen Gesellschaft. Bei einem Viertel

der Deutschen gehört Antisemitismus zum Gedankengut. Die Bekämpfung von Antisemitismus muss dabei konsequent durch Prävention, Intervention und klare Sanktion mit der Härte der rechtsstaatlichen Mittel erfolgen. Worten müssen Taten folgen, denn Lippenbekenntnisse reichen schon längst nicht mehr aus. Die Sichtbarkeit jüdischen Lebens geht immer mit dem Sicherheitsgefühl von Jüdinnen und Juden einher. Erst wenn Jüdinnen und Juden keine Angst mehr haben brauchen, sich selbstbewusst zu ihrer jüdischen Identität zu bekennen, erst dann können wir von Selbstbestimmung, Freiheit und Gleichberechtigung für alle Bürgerinnen und Bürger sprechen. Erst dann, ist es uns gelungen, die Offene Gesellschaft umfassend zu verwirklichen und zu leben.

**Anna Staroselski ist die Präsidentin der Jüdischen Studierendenunion Deutschland (JSUD), Vorstandsmitglied des Jungen Forums der Deutsch-Israelischen Gesellschaft und Gründungsmitglied der Liberalen Vielfalt. Sie studiert Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin und arbeitet als Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Parlamentsbüro der Bundestagsabgeordneten Linda Teuteberg, MdB.**



# VOM MIGRANTEN ZUM DEUTSCHEN

In Deutschland leben 2020 laut Statistischem Bundesamt 21,9 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, was also etwa 20% der Gesamtbevölkerung ausmacht. Bei dieser Gruppe von Menschen handelt es sich im Hinblick auf Herkunft und Kultur selbst um extrem individuelle Persönlichkeiten und Gruppen. Nach dem zweiten Weltkrieg bescherten uns zahlreiche Migrant\*innen als Gastarbeiter wirtschaftlichen Aufschwung. Diese kamen überwiegend aus dem früheren Jugoslawien und der Türkei.

Diese Menschen verschoben ihr komplettes Leben und ihre Familien zu uns nach Deutschland. Nach der Wiedervereinigung siedelten auch viele Spätaussiedler\*innen aus Rumänien, Polen und den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion in das vereinigte Deutschland über. Zu Beginn der 90er Jahre suchten aus zahlreiche Geflüchtete aus den Balkangebieten Asyl in Deutschland.

Seit der Aufnahme zahlreicher osteuropäischer Länder in die EU, kommt ein großer Anteil von Migrant\*innen aus diesen EU-Ländern nach Deutschland, etwa aus Polen und der Slowakei. Seit 2011 steigt zudem die Zahl der Asylanträge. Dabei handelt es sich um Geflüchtete aus Syrien, Afghanistan, Irak, Eritrea, Somalia, Iran, Pakistan und den Nachfolgestaaten Jugoslawiens.

Es steht außer Frage, dass all diese Individuen ihre eigenen Kulturen, Werte und Normen mit sich bringen. Wir als Gesellschaft müssen diese auffangen und kontrollieren. Es ist eine der größten Schwierigkeiten, der wir als Einwanderungsland bevorstehen.

Denn wir benötigen die Migration. Der fortschreitende demografische Wandel und der auch daraus resultierende Fachkräftemangel ist nur durch gezielte Einwanderung lösbar. Dabei müssen wir verhindern, dass wir Überfremdungs-Debatten wie in Frankreich führen, sondern uns im Voraus schon darüber im Klaren sein, welchen Problemen wir bevorstehen bzw. wie wir diese längst vorhandenen Problematiken lösen können.

Zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund lassen sich große Unterschiede im Blick auf den Bildungsabschluss feststellen. 50% der Menschen ohne Migrationshintergrund verfügen über einen Schulabschluss der Sekundarstufe II, während dies nur auf 35% der Menschen mit Migrationshintergrund zutrifft. Nicht zuletzt liegt dies an der fehlenden Chancengerechtigkeit, die Kinder von Migrant\*innen häufig an einem höheren Bildungsabschluss hindert. 26% der Personen mit Migrationshintergrund sind von Armut betroffen, während dies auf nur 14% der Bevölkerung ohne Migrationsgeschichte zutrifft. Die Kinder dieser Familien werden durch unfaire, leistungshindernde Maßnahmen wie durch die niedrigen Hinzuverdienstgrenzen für ALG II-Bezieher demotiviert und ausgegrenzt.

Diese Kinder gehen in unsere Schulen, vertreten unsere Werte und sind vollwertiger Teil unserer Gesellschaft. Sie sehen sich oft als Deutsche. Dennoch werden sie häufig aufgrund ihres Erscheinungsbild stigmatisiert und diskriminiert. Sie werden gefragt, woher sie ursprünglich kommen und für ihre Deutsch-Kenntnisse werden sie gelobt. Sie fragen sich:

“Wie werd’ ich vom Migranten zum Deutschen?”.

Müssen sich Migranten vollständig assimilieren? Steht dies im Konflikt zu Integration? Wer ist denn überhaupt Deutscher und wer nicht? Kurz: Jeder, der es sein will. Wir müssen uns jedoch als Gesellschaft fragen, was wir von Migranten erwarten. Es sollte nicht maßgeblich sein, wer wie viel Bier in wieviel Minuten runterkippen kann, sondern ein Grundverständnis unserer Werte ist maßgeblich. 30% der deutschen Kinder hat einen Migrationshintergrund. Ein Großteil davon vertritt unser Grundverständnis von Freiheit und Demokratie. Auch weil dies in den Schulen vermittelt wird und so etwaig fragliche Werteverständnisse aufgebrochen werden können. Diese Art der Integration kann jedoch nicht stattfinden, wenn in Schulen Lehrkräfte und Kapazitäten für Klassen ohne Deutschkenntnisse fehlen. Auch hier gibt es also Nachholbedarf.

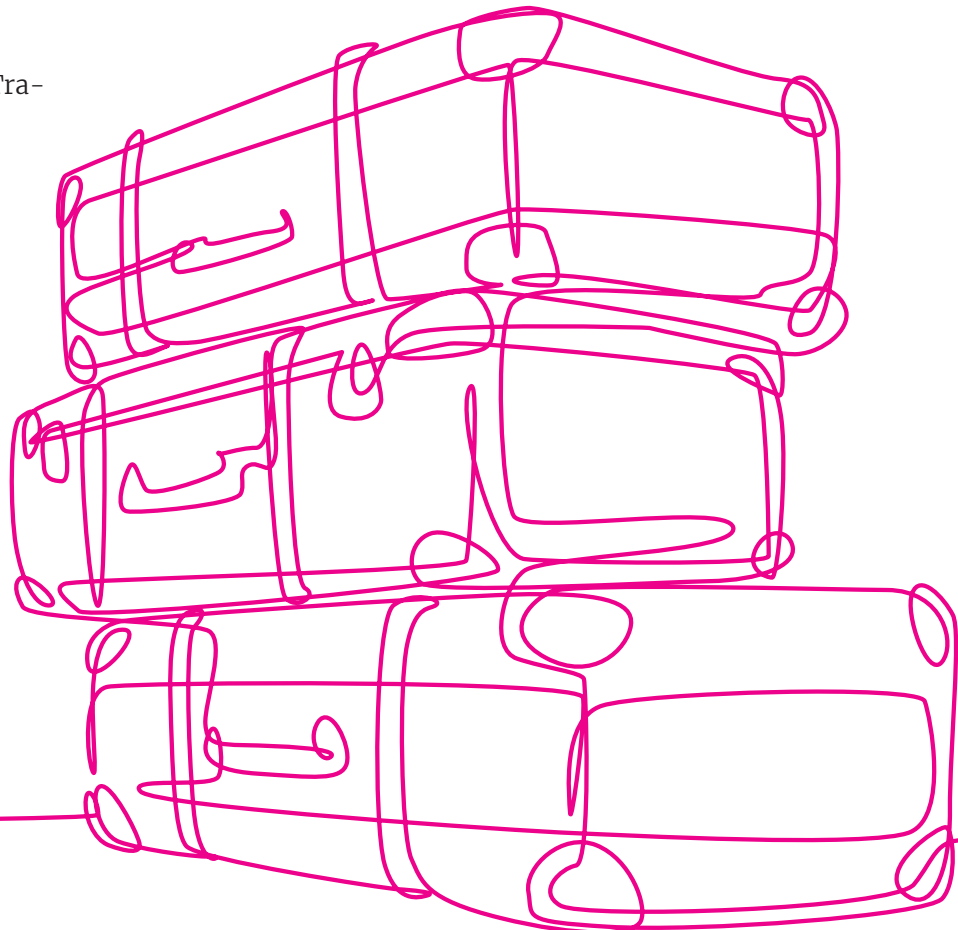
Die verschiedenen Kulturen und Traditionen, welche die Zuwanderung mit sich bringt bereichern uns in vielfältiger Hinsicht. Die Erwartung, dass Migranten ihre Herkunftskultur vollständig loslassen und sich so in eine Zielgesellschaft einpassen ist unangemessen. Eine Assimilation ist die falsche Herangehensweise, denn sie schließt ganze Bevölkerungsgruppen aus. Zumal gar nicht klar ist, wo man sich hinein assimilieren soll.

Denn das Konstrukt einer homogenen Nationalgesellschaft

ist ohnehin veraltet. Anerkennung von Differenz und der individuellen Gruppen unserer Gesellschaft macht uns aus. Was uns aber einen sollte sind unsere Werte von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Gleichberechtigung. Wir sollten uns nicht scheuen damit in Konflikt stehende Kulturen und Religionen offen anzusprechen, damit sie nicht eine Integrationsbremse darstellen.



**Ajeet Ahmad (19) ist angehender Abiturient an der Bertha-von-Suttner-Schule in Mörfelden-Walldorf. Bei den Julis ist er Programmierer der Groß-Gerauer und Co-Leiter des LAK Offene Gesellschaft. Er schrieb den Artikel um über seine Sicht von Integration und Migration zu berichten. Ihr erreicht ihn unter [ahmad@julis.de](mailto:ahmad@julis.de).**



**Maurice Ehinlanwo schreibt über den Alltagsrassismus und wie dagegen vorgegangen werden kann.**

**Durch die weltweite Black-Lives-Matter Bewegung wurden in den vergangenen Monaten verschiedenste Themen im Zusammenhang mit Rassismus Thema des politischen Diskurses. Doch eine Form von Rassismus ist politisch besonders schwer greifbar: Alltagsrassismus.**

Was ist eigentlich Alltagsrassismus? Alltagsrassismus dient in erster Linie als eine Art Abgrenzung zu dem Rassismus, der von Organisationen, Parteien oder auch Personen des öffentlichen Lebens praktiziert wird. Diese Art von Rassismus ist oft ausgeprägt und verfolgt meistens ein Ziel, bspw. mehr Wähler zu generieren.

Alltagsrassismus ist das genaue Gegenteil, von dem gerade beschriebenen Rassismus. Wie der Name schon impliziert, ist er alltäglich und findet zwischen dir und mir statt. Er ist weniger offensiv, und schwieriger zu erkennen, als der eben angesprochene Rassismus. Doch genau darin liegt das Problem.

Während der „große“ Rassismus für jedermann leicht zu erkennen ist und aus politischer Sicht vergleichbar leicht zu bekämpfen ist, ist der Alltagsrassismus tief in unserer Gesellschaft verankert und bietet aus politischer Sicht wenige Ansatzpunkte, um dagegen vorzugehen.

Doch was kann man tun?

Alltagsrassismus ist etwas, was sich in den Köpfen der Menschen befindet. Es ist bis zu einem gewissen Punkt menschlich, denn jeder hat gewisse Vorurteile. Verwerflich werden diese Vorurteile aber, sobald wir anfangen unserem Gegenüber keine Chance einzuräumen aus dieser Schublade herauszukommen in die wir ihn gedanklich gesteckt haben. Und genau das passiert bei Alltagsrassismus.

Um dieses Phänomen loszuwerden reicht es nun nicht aus rein politisch vorzugehen. Denn egal wie gut ein politischer Ansatz ist, er kann nicht ändern was in den Köpfen von Menschen vorgeht. Um dies zu ändern braucht unsere Gesellschaft Zeit. Wir müssen unserer Gesellschaft Zeit geben, um diese Vorurteile abzubauen und aufeinander zuzugehen. Durch die Globalisierung und das Internet wurden bereits unglaublich viele Vorurteile abgebaut. Dies hat dazu geführt, dass unsere Generation die vermutlich weltoffenste

und toleranteste Generation ist, die jemals gelebt hat. In den Köpfen des Großteils unserer Generation wurden diese Vorurteile und Schubladen schon abgebaut. Nun müssen wir darauf bauen, dass diese Entwicklung weitergeht und auch dafür sorgt, dass unsere Kinder noch toleranter und noch weltoffener werden als wir es sind.

Wie können wir politisch vorgehen?

Doch damit möchte ich nicht sagen, dass wir rumsitzen und Däumchen drehen sollten, bis sich das Problem von alleine löst. Während dieser Prozess, welcher die Denkweise in den Köpfen der Menschen ändert, Zeit beansprucht, muss die Politik dafür sorgen, dass unsere Gesellschaft möglichst wenige Angriffspunkte für Alltagsrassismus bietet und diesen dort verurteilt wo er auftritt.

Zum einen muss trotz der oben erwähnten Abgrenzung zum „großen“ Rassismus klar sein, dass Alltagsrassismus und der Rassismus von Organisationen oder auch Parteien miteinander korrelieren. Denn klar ist, dass der politische Rassismus den Alltagsrassismus befeuert. Der erste Ansatz, um gegen Alltagsrassismus vorzugehen, ist also den Weg weiterzugehen, den wir bereits gehen, nämlich die politische Rechte auf politischer Ebene zu bekämpfen.

Des Weiteren müssen politische Projekte, wie bspw. Anonymisierte Bewerbungsverfahren, Rassismus-Studien in der Polizei usw. vorangetrieben werden. Wir müssen den Menschen, welche rechtes Gedankengut in ihren Köpfen haben, jegliche Chancen nehmen andere Menschen im Alltag zu diskriminieren. Gleichzeitig müssen wir Projekte wie bspw. Erasmus oder ähnliche Austauschprogramme unterstützen und ausbauen, sodass Vorurteile schon früh im Leben von Schülern und Studenten abgebaut werden können.

Arbeiten wir an diesen Aspekten kontinuierlich weiter, bin ich davon überzeugt, dass wir auf kurze Sicht eine Gesellschaft haben in der niemand Opfer von Alltagsrassismus werden muss und auf lange Sicht in einer Gesellschaft leben werden, in der diese Vorurteile in den Köpfen der Menschen gar nicht erst existieren.

# ALLTAGSRASSISMUS UND SEINE FACETTEN



Maurice Ehinlanwo (21) studiert Jura an der Karl-Ruprechts-Universität in Heidelberg und ist Stipendiat der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Er ist Mitglied bei den JuLis Baden-Württemberg.



# EINE GROSSE GEFAHR FÜR DIE OFFENE GESELLSCHAFT

**Ismail Tipi über den  
Islamismus in Deutschland**

**Jana: Herr Tipi, Sie leben seit 1970 in Deutschland und schon bevor Sie 2010 Landtagsabgeordneter geworden sind, haben Sie sich als türkischsprachiger Journalist jahrzehntelang mit dem Radikalislamismus, Salafismus, Dschihadismus und Scharia-Tendenzen auseinandergesetzt. Das Thema ist demnach weniger neu, als vielfach wahrgenommen?**

Ismail Tipi: In der Tat beobachte ich diese Tendenzen in Deutschland bereits seit 30 Jahren. Und es ist offensichtlich, dass sie nicht nur eine große Gefahr für unsere Gesellschaft, sondern auch für jede andere demokratische, rechtsstaatliche Wertegemeinschaft darstellen.

**Jana: Die Anfänge reichen also zurück bis in die Mitte der Achtzigerjahre? Und Sie sagen, dass die Zahl der Anhänger von radikalen und fundamentalistischen Islamtendenzen seitdem stetig gewachsen ist?**

Ismail Tipi: Das ist korrekt. Diese Tendenzen haben sich seitdem in vielen westlichen Ländern bemerkbar gemacht. Und die Zahl der Anhänger nimmt zu, weil sie die westlichen Freiheiten ausgenutzt haben, um zu wachsen. Das ist ihnen auch deshalb leicht gefallen, weil diese Entwicklung viel zu häufig entweder mit dem Begriff der Religionsfreiheit verharmlost oder vollständig ignoriert wurde. Durch falsch verstandene Toleranz hat man das Thema nicht angenommen und tut es auch heute nicht zu Genüge. Das ist gefährlich.

**Jana: Sie beobachten weiterhin, dass diese Gruppierungen sich mittlerweile vermehrt an Jugendliche wenden?**

Ismail Tipi: Das Problem wurde für jeden sichtbar, als der IS im Irak und in Nordsyrien vorübergehend sehr expansiv war. Viele, die zu dieser Zeit nach Syrien gereist sind und sich dem IS angeschlossen haben, waren Jugendliche. Was wir gesehen haben, war aber nur die Spitze des Eisberges. Mittlerweile ist der IS zwar geschwächt, er existiert aber nach wie vor – und nicht nur in Syrien, sondern auch hier in Deutschland. Wir haben es mit einer großen Zahl von Rückkehrerinnen und Rückkehrern zu tun. Hinzu kommen Salafisten, die illegal eingereist sind und von unseren Sicherheitsbehörden nicht erkannt oder einfach nicht beobachtet werden. Dschihadisten, Salafisten und Angehörige des IS agieren weitgehend unbehindert mitten in unserer Gesellschaft.

**Jana: Sie sprechen in diesem Zusammenhang von einer „falsch verstandenen Toleranz“. Was genau ist falsch an Toleranz?**

Ismail Tipi: Eine offene Gesellschaft wie unsere ist ohne Toleranz gar nicht denkbar. Aber Toleranz bedeutet eben nicht, es allen recht machen zu müssen und die eigenen Werte zu opfern, um Weltoffenheit zu zeigen. Und ganz sicher erfordert Toleranz nicht, die eigene kulturelle Identität aufzugeben, um damit vermeintlich „offener“ für andere zu sein. Genau diese Einstellung scheint mir allerdings weit verbreitet. Und meiner Meinung nach ebnet sie radikalen Tendenzen den Weg. Wirkliche Toleranz bedeutet den eigenen Standpunkt und die eigene Freiheit zu

verteidigen, sich aber zugleich mit ganzer Kraft dafür einzusetzen, dass auch sein Gegenüber einen eigenen Standpunkt entwickeln und verteidigen darf. Zur Toleranz gehören Mut zur eigenen Meinung und der Respekt vor der Meinung des anderen.

**Jana: Sie sehen mittlerweile vor allem junge Menschen gefährdet. Wie äußert sich das beispielsweise an den Schulen?**

Ismail Tipi: Das Perfide ist, dass gerade junge Menschen leicht zu verleiten und gut zu indoktrinieren sind. Die Vermutung, dass der IS und damit der Salafismus auch in deutschen Schulen Einzug gehalten hat, haben mir Lehrerinnen und Lehrer, Direktorinnen und Direktoren in vielen Gesprächen bestätigt. Beispielsweise werden ungefragt „Lies!“ – Korane verteilt. Und besonders im Ramadan gibt es immer wieder Probleme zwischen den salafistischen und den modernen Schülerinnen und Schülern. Wenn letztere nicht fasten oder wenn Mädchen im Sommer etwas luftiger gekleidet sind, werden sie teilweise angegriffen und beschimpft. Es gibt immer wieder Schüler, die auf die Frage, was sie mal werden wollen, antworten: „Ich will Gotteskrieger werden“. Viele haben diese im Kunstunterricht gezeichnet. Und es gibt in unseren Schulen Kinder, die kein Pluszeichen schreiben, weil sie in dem Pluszeichen das christliche Kreuz sehen.

**Jana: Und Sie sehen die Gefahr, dass diese Probleme ignoriert oder verharmlost werden?**

Ismail Tipi: Viele Lehrerinnen und Lehrer haben eine große Hemmschwel-

le, diese Probleme überhaupt anzusprechen. Sie gehen damit nicht in die Öffentlichkeit, weil sie Angst haben, dass sie von Schülerinnen und Schülern in ihrem Umfeld bedroht oder körperlich angegriffen werden. Und diese Sorgen sind leider nicht von der Hand zu weisen. Denn wir haben in Paris gesehen, was einem Lehrer passieren kann, wenn er im Unterricht Mohammed-Karikaturen zeigt. Abgesehen von der Angst um körperliche Unversehrtheit haben viele Menschen, ob das Lehrer, Politiker oder andere Mitglieder der Gesellschaft sind, Angst, in eine gewisse Ecke gestellt zu werden. Viele Schulleiterinnen und Schulleiter haben Sorge, mit einer klaren Positionierung ihre Schule in Verruf zu bringen, und sagen deshalb lieber: „Wir haben kein Problem.“

Das, was ich geschildert habe, ist natürlich nicht in jeder Schule zu sehen und man darf das nicht verallgemeinern. Aber in Hotspot-Bereichen wie Frankfurt, Hanau, Offenbach ist das Problem häufiger anzutreffen. Leuten, die das nicht persönlich erleben, fällt es deshalb oft nicht auf.

**Jana: Was können wir tun, um den von Ihnen geschilderten Tendenzen entgegenzuwirken?**

Ismail Tipi: Ich habe vor vielen Jahren schon dafür plädiert, Präventionsmaßnahmen in Schulen zu ergreifen und Aufklärungsarbeit zu betreiben. Man muss

Lehrerinnen und Lehrer für diese Gefährsensibilisieren und ausbilden, damit sie die Bedrohung erkennen. Vor allem aber muss man dieses Problem auch sehen wollen, um ihm entgegenzuwirken.

Ohne Zweifel leben die meisten Menschen

**„Zur Toleranz gehören Mut zur eigenen Meinung und der Respekt vor der Meinung des anderen.“**

muslimischen Glaubens in Deutschland aus Überzeugung als Demokraten in unserer demokratischen Gesellschaft. Es gibt aber leider auch eine zunehmende Zahl mit extremistischen Tendenzen. Mein Appell und meine Bitte sind, sich des Problems endlich anzunehmen, statt weiter die Augen davor zu verschließen. Wir müssen dieses Thema offen ansprechen, damit die Gefahren erkannt und ernst genommen werden. Ich sage immer: Mut und Tun. Einfach Mut haben und dementsprechend handeln. Denn wer die Freiheit liebt, der muss sie verteidigen.



**Ismail Tipi ist integrationspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag. Im Interview mit dem YouLi spricht er über die Herausforderungen durch den politischen Islamismus, falsch verstandene Toleranz und die gefährlichen Tendenzen an deutschen Schulen.**

# NEUES AUS DEM LANDTAG

Liebe JuLis,

das Jahr 2022 startete genauso nachrichtenintensiv, wie wir es erwartet haben. Corona bestimmt immer noch sämtliche Bereiche des Alltagslebens, und wir alle sind erst kürzlich Zeuge eines brutalen und rücksichtslosen Völkerrechtsbruchs geworden, als russische Soldaten am 24. Februar auf Befehl Putins die Ukraine angriffen. Als mich das YouLi-Magazin fragte, ob ich mich an dieser Ausgabe mit einem Beitrag beteiligen möchte, habe ich lange gezögert, ob ein Bericht in diesen Tagen nicht aus der Zeit fallen würde. Letztlich habe ich mich jedoch dafür entschieden, ihn zu verfassen. Wir sehen an der, Stand heute, zunehmenden Flüchtlingsbewegung aus der Ukraine, wie wichtig es ist, dass unsere Politik hier vor Ort handlungsfähig bleibt, trotz der grausamen Bilder, die uns in diesen Tagen aus Kiew und Umgebung erreichen.

Ich wünsche mir für die kommenden Tage und Monate, dass die Solidarität, die wir in der gesamten Bevölkerung gerade erleben, erhalten bleibt. Gleichzeitig

müssen Bundes- und Landesregierung jetzt beweisen, dass man Lehren aus 2015 gezogen hat. Auch wenn wir uns wünschen, dass alle Ukrainerinnen und Ukrainer schnell in ihre befriedete Heimat zurückkehren können, müssen wir so ehrlich sein und sehen, dass diese Menschen auf längere Zeit unsere Solidarität und Unterstützung brauchen. Ich bin überzeugt: Das können und werden wir tun!

Wie sicherlich die meisten von euch mitbekommen haben, bin ich durch das gute Ergebnis bei der Bundestagswahl, bei der der Fuldaer Jürgen Lenders in den Bundestag gewählt wurde, am 26. Oktober 2021 für ihn in den Hessischen Landtag nachgerückt und seitdem Sprecherin der Fraktion der Freien Demokraten für Hochschule und Wissenschaft sowie für Justizvollzug.

Liebe JuLis, damit bin ich eure Vertreterin im

Landtag! Als Spitzenkandidatin der Jungen Liberalen im Hessischen Landtag bin und bleibe ich JuLi, und das bedeutet für mich in erster Linie, mich für die Themen der JuLis einzusetzen. Darum möchte ich natürlich auch in Zukunft mit dem JuLi-Landesverband und anderen liberalen Organisationen weiterhin eng zusammenarbeiten, um unsere gemeinsamen liberalen Interessen voranzutreiben.

In den ersten fünf Monaten meiner Arbeit im Hessischen Landtag habe ich festgestellt, dass die klügsten Positionen häufig jene sind, die möglichst viele Perspektiven berücksichtigen. Gleichzeitig zeigt die Pandemie auf, welche demographische Gruppe häufig zuletzt berücksichtigt und in vielen Bereichen komplett im Stich gelassen wurde: junge





Menschen von der Kita bis zur Ausbildung oder Hochschule. Ein Grund dafür ist sicherlich, dass im Hessischen Landtag von den 137 Abgeordneten grade einmal drei jünger als 30 Jahre sind. Eine davon bin ich.

Deshalb ist es mir besonders wichtig, unsere „junge Perspektive“ einzunehmen und mich für unsere Positionen stark zu machen. In meiner Funktion als Sprecherin für Hochschule und Wissenschaft versuche ich gleichwohl, alle Blickwinkel zu berücksichtigen. Ich treffe mich also gleichermaßen mit Präsidentinnen und Präsidenten verschiedener Hochschulen und Universitäten sowie Sprecherinnen und Sprechern aus der Forschung, als auch mit hochschulpolitischen Akteuren wie der LHG. Die Impulse, die ich bekomme, möchte ich nutzen,

um die Hochschulpolitik nachhaltig zu verbessern. Wenn ihr Vorschläge, Ideen oder Feedback zu meiner Arbeit habt, meldet euch gerne bei mir, und wir sehen uns an, wie wir gemeinsam jungliberale Sichtweisen stärker in den Fokus rücken können.

Mir ist bewusst, dass es ein Leben rechts und links der Hochschulen gibt. Ich bin überzeugt, dass eine gute Zukunft einer freien und klugen Generation auch beinhaltet einen tollen Ausbildungsplatz zu bekommen, sich zukünftig ein Eigenheim zu erarbeiten oder ein Lebensmodell zu wählen, das nicht „Mutter-Vater-Kind“ entspricht.

Doch entspricht das der Realität? Ich befürchte nicht. Was ich gerade genannt habe, ist noch nicht selbstverständlich.

Mir sind diese Probleme bewusst und Lösungen

wichtig! Letztere stecken nicht unbedingt in Projekten, Fördertöpfen oder Gießkannen, die man von Bad Karlshafen bis Neckarsteinach ausgießen kann, sondern nicht zuletzt im Engagement in den Kommunen vor Ort.

Zum Abschluss möchte ich mich beim JuLi-Landesvorstand und allen Mitgliedern für eure tolle Arbeit im Wahlkampf bedanken; eine Arbeit, die 2017 begonnen hat und Ende vergangenen Jahres endlich Früchte trug. Nach meinem Verständnis bleiben wir ein Team! Ich freue mich, euch beim nächsten LaKo, Kreisvorstand, Stammtisch, Call oder Podium zu treffen.

Viele liebe Grüße! Eure Lisa

**Lisa Deißler (28) ist Landtagsabgeordnete für die FDP aus Marburg und selbst Mitglied der Jungen Liberalen. Ihr erreicht sie unter: [l.deissler@ltg.hessen.de](mailto:l.deissler@ltg.hessen.de)**





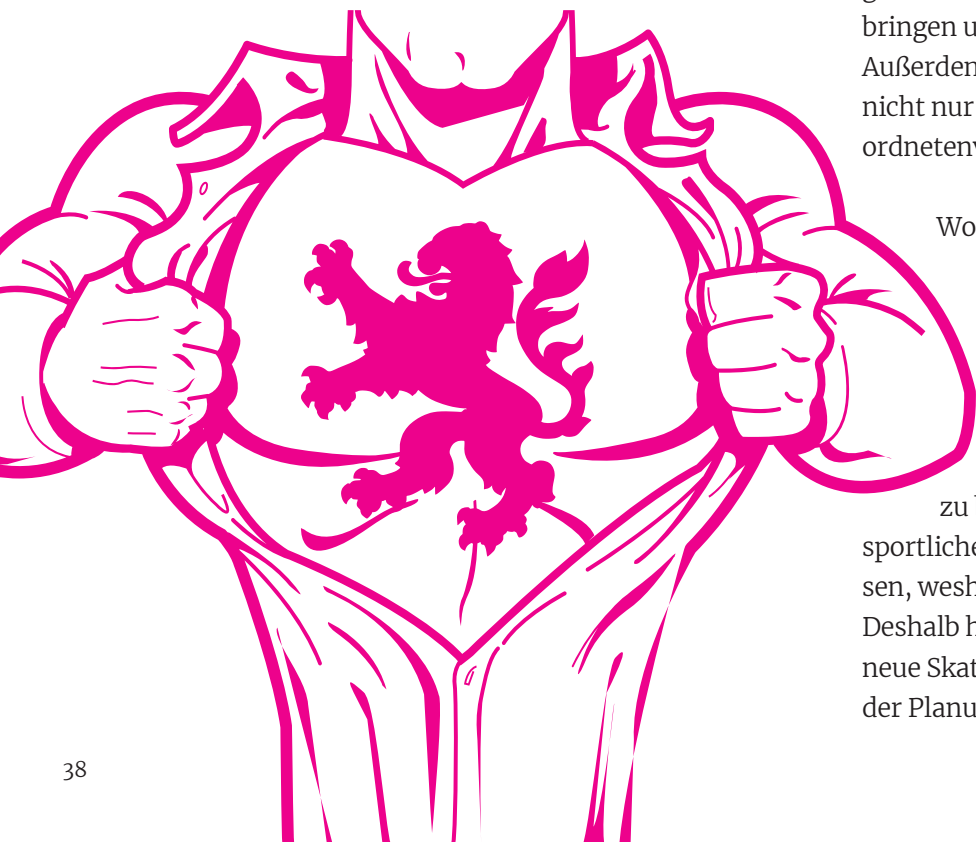
**Lisa-Marie Blumenschein**

**Alter: 22 Jahre**

**Studentin Politikwissenschaften und BWL BA im 6. Semester**

**Funktion in der Kommunalpolitik: Kreistagsabgeordnete für den Kreis Bergstraße (Stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Stellvertretende Ausschussvorsitzende für Schule und Soziales, Mitglied in der Kreisschulkommission) und Stadtverordnete für Bensheim (Stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Stellvertretende Ausschussvorsitzende für Sport, Soziales und Kultur, Mitglied in der Betriebskommission Kinderbetreuung)**

# UNSERE LOKALHEL- DEN VOR ORT IN SÜDHESSSEN



Welche Herausforderungen gibt es in deiner Region/Stadt mit denen du dich konfrontiert siehst?

Besonders die finanzielle Lage der Stadt und des Kreises beschäftigen mich zurzeit in meiner Mandatstätigkeit. Die Corona-Pandemie und vergangene Großprojekte führen dazu, dass viele Einsparmaßnahmen getroffen werden müssen, um die Haushalte wieder ausgleichen zu können. Dabei dürfen aber wichtige Kernaufgaben nicht vernachlässigt werden und Investitionen in den Klimaschutz und soziale Aufgaben getätigt werden.

Was ist deine Motivation Mandatsträger zu sein?

Mir ist es besonders wichtig eine Brücke zwischen den Jungen Liberalen und der FDP in die jeweiligen Parlamente zu bringen und mich für deren Interessen einzusetzen.

Außerdem ist es für mich eine große Ehre die liberalen Werte nicht nur im privaten Umfeld, sondern auch in der Stadtverordnetenversammlung und im Kreistags vertreten zu dürfen.

Wofür setzt du dich explizit in deiner Region ein/ oder hast ggf. schon erreicht? Durch die Neubaugebiete in meiner Heimatstadt gibt es einen erhöhten Bedarf an Kinderbetreuung, für die ich mich einsetze. Dabei versucht meine Fraktion den Befürchtungen der Flächenversiegelung entgegenzutreten und die Notwendigkeit der Neubauten zu bestärken. Bensheim ist auch eine Stadt mit vielen sportlichen Angeboten und Schulen, die immer weiterwachsen, weshalb zusätzliche Hallenkapazitäten benötigt werden. Deshalb haben wir uns für einen Sporthallenneubau und eine neue Skateranlage eingesetzt. Diese Projekte sind gerade in der Planungsphase und werden bald umgesetzt.



**Brian Röcken**

**Alter: 24**

**Student der Rechtswissenschaften**

**Funktion in der Kommunalpolitik: Stadtverordneter in Mörfelden-Walldorf, Kreisbeigeordneter des Kreises Groß-Gerau**

Welche Herausforderungen gibt es in deiner Region/Stadt mit denen du dich konfrontiert siehst?

Zum einen die angespannte Haushaltslage, zum anderen Zuzugsströme, die bei wenig verfügbarer geeigneter Fläche dennoch Wohnungsbau erforderlich machen.

Was ist deine Motivation Mandatsträger zu sein?

Mich motiviert es, mein unmittelbares räumliches Umfeld positiv zu gestalten und lebenswerter zu machen sowie mich für meine Mitmenschen einzusetzen.

Wofür setzt du dich explizit in deiner Region ein/ oder hast ggf. schon erreicht?

Als Teil der Mehrheit haben wir in der letzten Wahlperiode dazu beigetragen, dass der Haushalt der Stadt konsolidiert wurde und keine neuen Schulden mehr gemacht werden. Darüber hinaus setze ich mich insbesondere für den digitalen Ausbau der Schulen sowie für eine Perspektive zum Verbleib junger Menschen im Ort durch bezahlbaren Wohnraum ein.



**Ole Wilkening**

**Alter: 20 Jahre**

**Student BWL**

**Funktion in der Kommunalpolitik: Mitglied der Heppenheimmer Stadtverordnetenversammlung**

Welche Herausforderungen gibt es in deiner Region/Stadt mit denen du dich konfrontiert siehst?

Primär würde ich sagen: Wohnraum, ÖPNV, Digitalisierung und Jugend – wie wahrscheinlich in den meisten Kommunen.

Was ist deine Motivation Mandatsträger zu sein?

Zum einen, weil ich mich für Gleichaltrige einsetzen möchte, ich will dass die Jugend eine Stimme hat. Mir ist wichtig, dass die Stimme der jungen Generation in der – oftmals – älteren Demographie der Kommunalpolitik gehört wird. Ebenso möchte ich, dass sich meine Heimatstadt zum Positiven entwickelt. Somit stecke ich gerne viel Herzblut in mein Ehrenamt.

Wofür setzt du dich explizit in deiner Region ein/ oder hast ggf. schon erreicht?

Für die Belange „der“ Jugend, Digitalisierung und als BWLER natürlich solide Finanzen.

Mein erster eigener Antrag war ein Antrag zur Einführung eines Jugendparlaments/Jugendbeirats – dieser wurde allerdings abgelehnt. Die JuLis Heppenheim sind aber weiterhin an der Sache dran. Aktuell verfasse ich einen Antrag zur Modernisierung der Internetpräsenz meiner Heimatstadt.

# LAK

**Die Landesarbeitskreise (LAKs) sind unsere inhaltlichen Motoren, an denen jedes Mitglied in Hessen mitarbeiten und unsere Programmatik mitgestalten kann. Hier stellen wir euch die verschiedenen LAKs vor, woran sie gerade arbeiten und was es Neues gibt.**

## LAK LIBERALE SCHÜLER

Wir, die Liberalen Schüler Hessen, sind ein, in diesem Jahr, neu bzw. wieder gegründeter LAK der Jungen Liberalen Hessen. Wir beschäftigen uns in erster Linie mit bildungspolitischen Themen aller Art. Außerdem bilden andere Themen, Zukunfts- und EU-Politik, welche für Schüler relevant und interessant sind, unseren Arbeitsbereich. Derzeit ist die Pandemie, ihre Auswirkungen und die damit einhergehenden Beschränkungen ein großes Thema. Die Schulen über den Winter offenzuhalten ist geschafft, dennoch warten schon die nächsten Herausforderungen. Dazu gehören selbstverständlich auch langfristig gedachte Punkte, wie Digitalisierung, Modernisierung des Unterrichts und weitere.

Wir stehen ständig im Kontakt zu anderen "Liberalen Schüler" LAKs aus anderen Bundesländern. Dies hilft uns besonders zurzeit sehr, uns besser aufbauen zu können. Im Moment richten wir unsere Webseite ein und haben bereits einen Instagram Account (@liberaleschueler.hessen) in Betrieb genommen. In Zukunft planen wir Veranstaltungen, sowohl Online, als auch in Präsenz, bei welchen wir Gäste einladen werden, welche uns fachgerecht unterstützen können. Diese Termine werden stets über Instagram, Discord, unsere WhatsApp-Gruppe und zukünftig über unsere Webseite bekannt gegeben.

**LAK-Leiter Oliver Schmitz**  
**E-Mail: [oliver.schmitz@julius.de](mailto:oliver.schmitz@julius.de)**

## LAK WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Nachdem der LAK nun ohne das Ressort Verkehr auskommt, können wir uns ganz auf Steuern und co. konzentrieren. In diesem Sinne planen wir natürlich wieder, uns auch mit Anträgen auf Landeskongressen für Steuererleichterungen einzusetzen. Außerdem werden wir uns am 25. Mai mit Frank Schöffler zum Thema E-Euro und Kryptowährung zusammenfinden. Wir hoffen auch, dass bald wieder Ausflüge und weitere Livevorträge möglich sind, sodass wir uns vor Ort weiterbilden und diskutieren können.

**LAK-Leiterin Vanessa Rücker**  
**E-Mail: [ruecker@julius.de](mailto:ruecker@julius.de)**

## LAK OFFENE GESELLSCHAFT

Beim LAK Offene Gesellschaft beschäftigen wir uns mit Themen wie Frauen-Empowerment, LGBTQIA Rechte, BIPOC Rechte, Religionsfreiheit, Inklusion, Migration und vielem mehr.

Wir, Nora und Ajeet, leiten diesen neuen LAK gemeinsam. Nora macht sich aufgrund von eigenen Erfahrung von Queerfeindlichkeit und Sexismus vor allem für diese Themen stark. Ajeet ist als junger Deutscher, oft mit Vorurteilen und Stereotypen konfrontiert. Er wird oft dafür gelobt, wie gut er denn Deutsch spreche und mit Fragen wie: „Aber woher kommst du ursprünglich?“ gequält. Passend dazu lautete das Thema unserer ersten Sitzung „Integration vs. Assimilation – Wer ist Deutscher?“. Dabei konnten wir mit Julian Barazi von der liberalen Vielfalt über das Deutschsein sprechen. Wir haben darüber gesprochen ob und wie man „deutsch“ definieren kann. Dabei diskutierten wir über die Narrative, Werte & Normen die uns als Deutsche ausmachen. Daraus konnten wir schon erste Antragsideen entwickeln: Es wäre z.B. denkbar, dass die deutschen Ver-



# NEWS

fassungswerte stärker in der Schule vermittelt werden oder dass eine Einbürgerung feierlicher gestaltet wird. Unsere nächste Sitzung wird voraussichtlich am 11.05. zum Thema liberaler Feminismus stattfinden. Tretet gerne unserer WhatsApp-Gruppe bei um immer auf dem Laufenden zu bleiben!

**LAK-Leiter Nora Schumann und Ajeet Ahmad**  
**E-Mail: [schumann@hotmail.de](mailto:schumann@hotmail.de); [ahmad@julis.de](mailto:ahmad@julis.de)**

## LAK INTERNATIONALES, VERTEIDIGUNG UND WELTRAUM

Aufgrund der derzeitigen Situation in der Ukraine hat sich der LAK Internationales, Verteidigung und Weltraum Ende Februar sehr spontan zu einem Austausch über eben diesen Konflikt mit einem Vertreter der Bundeswehr getroffen. Die Veranstaltung wurde von beiden Seiten sehr positiv bewertet auch wenn es einen Tag danach leider zum Angriff von russischer Seite auf die Ukraine kam. Ich denke, dass wir uns abseits von den bereits geplanten anderen Themen dieses Jahr mit diesem Krieg auf europäischem Boden beschäftigen und weitere Impulsvorträge und Diskussionen organisieren werden.

Abgesehen davon, wollen wir uns mit dem Thema „politische Bildung im Ausland“ auseinandersetzen und dazu den Antrag aus dem Hochtaunuskreis (Juni 2021) überarbeiten. Auch wurde sich bei der konstituierenden Sitzung gewünscht, das Thema „Entwicklungspolitik“ anzusprechen. Diesem Wunsch bin ich gerne nachgegangen und zusammen mit dem LAK Wirtschaft und Finanzen haben wir zum vergangenen LAK Marktplatz den Entwicklungspolitischen Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion Till Mansmann eingeladen.

Des Weiteren steht auch der Besuch des Air and Space Ope-

ration Centre (ASOC) in Uedem aus, welcher uns von Seiten der Luftwaffe angeboten wurde und ich bin zuversichtlich, dass dieser im Spätsommer realisiert werden kann.

**LAK-Leiterin Leonie Schikora**  
**E-Mail: [schikora@julis.de](mailto:schikora@julis.de)**

## LAK DIGITALISIERUNG

Im LAK Digitalisierung beschäftigen wir uns mit einem weiten Themenfeld von Bürgerrechten im Internet über Digitalisierung in Staat & Verwaltung bis hin zur Netzinfrastruktur.

Digitalisierung als Querschnittsthema eignet sich besonders für eine Zusammenarbeit mit anderen LAKs. So haben wir letztes Jahr gemeinsam mit dem LAK Bildung einen Beschluss zur Verbesserung der digitalen Bildung erarbeitet, dieses Jahr beschäftigen wir uns gemeinsam mit dem LAK Innern & Recht mit dem Themenbereich Zensur.

Zurzeit erarbeiten wir ein Konzept für die Regulierung von Social Media Plattformen, das Meinungsfreiheit und Hausrecht der Plattformen unter einen Hut bekommt und für Plattformen einen Anreiz gegen Zensur setzt.

Unser nächstes Treffen dazu wird voraussichtlich im April stattfinden, ein genauer Termin steht noch nicht fest.

**Stellv. LAK-Leiter Paul Weiske**  
**E-Mail: [paul@pweiske.de](mailto:paul@pweiske.de)**

**Wenn ihr Lust habt euch einzubringen, schreibt den LAK-Leitern einfach eine E-Mail oder schaut bei der Übersicht auf der Website der Julis Hessen vorbei! Diese findet ihr hier:**





**Die Landesarbeitskreise (LAKs) sind unsere inhaltlichen Motoren, an denen jedes Mitglied in Hessen mitarbeiten und unsere Programmatik mitgestalten kann. Hier stellen wir euch die verschiedenen LAKs vor, woran sie gerade arbeiten und was es Neues gibt.**

## **WALDECK-FRANKENBERG**

Die JuLis Waldeck-Frankenberg arbeiten täglich daran, eine noch lautere Stimme für die Freiheit zu sein! – Unsere Social Media-Präsenz haben wir optimiert, der dritte Ortsverband wurde im März gegründet und aus unseren Programmatischen Freitagen ergeben sich fortlaufend gute Ideen. Ob Programmatik oder PR – wir möchten in jeder Hinsicht gut aufgestellt sein, sodass wir die Beisitzerämter in verschiedene Ressorts aufgeteilt haben. Fast täglich setzen wir Posts auf Instagram und Facebook ab. Wichtiger Bestandteil dessen, ist der wöchentliche Meinungsmontag, in dem jedes Mitglied frei zu einem Thema seiner Wahl eine Debatte anstoßen darf.

Mit unseren FDP-Fraktionen im Kreistag, sowie in der Stadtverordnetenversammlung, stehen wir in regem Austausch und erhalten so stets einen aktuellen Einblick in das, was vor Ort zählt.

Auch zu den aktiven demokratischen Jugendorganisationen in unserem Landkreis haben wir guten Kontakt, vor allem zur Jungen Union. Daher haben wir natürlich Vertreter in den Ring Politischer Jugend abgesandt, um über unsere eigene Organisation hinaus zum politischen Leben in Waldeck-Frankenberg beizutragen.

Die Gründung der Liberalen Schüler auf Kreisebene ist in Arbeit! Der SDAJ werden wir somit die Stirn bieten und den Schülern im Landkreis endlich eine liberale schulpolitische

Alternative geben. Am inspirierenden und partnerschaftlichen Verhältnis zum Landesverband sowie zu den Julis im Hochsauerlandkreis werden wir festhalten.

**Dario Bruns**

**Kreisvorsitzender der Jungen Liberalen Waldeck-Frankenberg**

## **GIESSEN**

Im Kreisverband Gießen sind wir in das Jahr mit einem Coronapapier gestartet, welches auch im Landesverband zu produktiven Diskussionen geführt hat. Neben unseren legendären Stammtischen und dem Social Media Programm haben wir uns mehrere Projekte für die nächsten Monate vorgenommen. Dabei möchten wir zum einen unsere vielen Neumitglieder in den Verband integrieren und fit für den JuLi Alltag machen als auch interessante Inhalte für unsere alten Hasen bieten. Letzteres möchten wir durch Gastredner und Vorträge erreichen. Mehr möchten wir noch nicht verraten, aber gleichzeitig eine Einladung für Gäste aus anderen Kreisverbänden aussprechen!

**Vanessa Rücker**

**Kreisvorsitzende der Jungen Liberalen Gießen**

## **BERGSTRASSE**

Wir beim KV Bergstraße erleben gerade einen Mitgliederrekord. Wir freuen uns, dass immer mehr junge Menschen den Weg zu uns finden. Passend dazu finden am 20.3. unser Vorstandsneuwahlen statt. Aktuell setzen wir uns als KV vorallem für die Ukraine ein – das bestimmende Thema aktuell, sowie für einen kreisweiten Jugendbeirat – beides zusammen mit den anderen Jugendorganisationen im Kreis. Zu



# NEWS

unserer gemeinsamen Solidaritätskundgebung kamen über 500 Leute, was uns sehr stolz gemacht hat und wir konnten Spenden im Wert von fast 3.000 Euro sammeln. In der letzten Zeit haben wir außerdem einige Veranstaltungen organisiert wie unsere Programmatikklausur, eine „Freedom-Day“-Veranstaltung, einen Bowlingabend, Get-Togethers und vieles mehr...

**Ole Wilkening**

**Kreisvorsitzender der Jungen Liberalen Bergstraße**

## MARBURG-BIEDENKOPF

In Marburg-Biedenkopf haben wir seit der Bundestagswahl wie viele Kreisverbände einen hohen Mitgliederzuwachs erlebt. Deshalb sind wir in dieses Frühjahr mit einem JuLis-Marburg-Skill-Camp gestartet! „How to Antrag schreiben“, Verbandsaufbau und Social Media Formate waren nur einige der vielen Themen, mit denen wir uns beschäftigt haben. Im Nachgang unseres Skill-Camps steht die Überarbeitung und Aktualisierung unserer digitalen Neumitgliedermappe.

Außerdem findet im Mai die Landratswahl in Marburg-Biedenkopf statt. Wir JuLis unterstützen natürlich unseren FDP Kandidaten motiviert im Wahlkampf und planen aktuell erste Aktionen.

**Louisa Scholz**

**Kreisvorsitzende der Jungen Liberalen Marburg-Biedenkopf**

## REGION OFFENBACH

Endlich dürfen wir wieder!

Wir freuen uns in der Region Offenbach nach vielen digitalen und personell-begrenzten Treffen wieder öfter und zahlreicher zusammenkommen zu können. Unser neues Stammtischformat „Late-Night-Julis“ findet alle zwei Wochen statt, so können alte Hasen und unsere vielen Neumitglieder sich persönlich kennenlernen – Genauso dürfen wir immer wieder Gäste aus dem Bezirk und dem ganzen Land begrüßen.

Der letzte LaKo zündete einen programmatischen Turbo. Wir können auf ein Bollwerk von interessanten und starken Anträgen aus der gesamten Mitgliedschaft zurückgreifen und sind wild darauf diese bei nächster Gelegenheit einbringen und verteidigen zu können.

Die Planung programmatischer Veranstaltungen mit tollen Gästen, aber auch unser landesweit bekanntes Sommerfest halten uns auf Trapp. Digital dürft Ihr euch auf interaktive Umfragen & Formate, sowie anhaltend neue Informationen zu unseren Veranstaltungen und Anträgen freuen.

**Dimitrios Kladovasilakis**

**Kreisvorsitzender der Jungen Liberalen Region Offenbach**

## HOCHTAUNUS

Der Hochtaunus schläft nicht. Ein Corona Winter existierte bei uns nicht. Unter 2G+ Bedingungen und nach einer kleinen Weihnachtspause starteten wir wieder voll durch. Unsere fast 100 Mitglieder wollen ein aktives Programm sehen. Neben unserem Standardprogramm von je einem get together und einer KV pro Monat veranstalten wir bereits zwei Programmatik Treffen und zwei Ukraine Demos. Dazu

planen wir bereits unsere Colmar Fahrt mit dem ganzen KV als erweiterte Klausurtagung im Juni sowie den mit unserer Bundestagsabgeordneten Katja Adler.

Viel Wert legen wir mittlerweile auf das Einbinden von Neumitglieder und Skilltraining. Denn je stärker das Team ist, desto größer ist der Erfolg.

Für social Media haben wir mittlerweile ein starkes Team und ein starkes Konzept: Mehr Personen, mehr Aktionen und mehr Reels. Über 12.000 Konten konnten wir bereits seit Jahresbeginn erreichen.

Darüber hinaus befinden wir uns in einer Neustrukturierung. Nach der Gründung des OV Bad Homburg stehen vier weitere OV Gründungen bevor: Oberursel, Friedrichsdorf, Kronberg-Königstein und Usinger Land.

**Björn Resch**

**Kreisvorsitzender der Jungen Liberalen Hochtaunus**

## MAIN-KINZIG

Auch die JuLis Main-Kinzig wachsen und gedeihen. Seit der Bundestagswahl kam es zu einem aktiven Mitgliederwachstum von 100 %. Darüber hinaus kam es zur Gründung des zweiten Ortsverbandes und zwar in Maintal, um das in großen Teilen dort stattgefundene Wachstum bedienen zu können.

Pro Monat gibt es zwei Treffen. Ein programmatisches mit stets hochkarätigen Referenten wie Lasse Becker und Oliver Stirböck sowie ein außerprogrammisches. Dabei wechseln sich Stammtische und Aktionen wie das Besuchen einer SoSehalle monatlich ab.

Außerhalb des Turnus haben die JuLis-Main-Kinzig zur Durchführung von Veranstaltungen zur Unterstützung der Ukraine-Kriegsflüchtlinge ein Teilzeitgewerbe angemeldet, um entsprechend Kuchenverkäufe abhalten zu können. Geplant ist, diese wöchentlich im Main-Kinzig Kreis an wechselnden Orten abzuhalten.

Um die Verbindung zur FDP Main-Kinzig zu intensivieren, werden bei den im April stattfindenden Kreisvorstands-

wahlen sechs JuLis für verschiedene Posten kandidieren, um auch hier den mit dem Wachstum verbundenen Gestaltungsanspruch innerhalb der FDP zu unterstreichen.

**Marc Schmidt**

**Kreisvorsitzender der Jungen Liberalen Main-Kinzig**

## MAIN-TAUNUS

Der KV Main-Taunus ist aus dem Winterschlaf erwacht und durch den enormen Mitgliederzuwachs motiviert. Kurzfristig wird unser Programmatischer Tag, mittelfristig eine Taunuswanderung zusammen mit dem KV Hochtaunus stattfinden. Fokussiert wird auch die Durchführung von Veranstaltungen rotierend durch alle Gemeinden des Kreises. Ziel wird sein, auch in der letzten Gemeinde des Kreises neue, junge Mitglieder zu gewinnen. Zum besseren Austausch soll aber auch der Bezirksverband Westhessen-Nassau stärker in den Vordergrund rücken.

Und auch unser jungliberaler Einfluss in der Kreispolitik wächst. Auf der FDP-Kreismitgliederversammlung Ende März konnten gleich zwei JuLis in den Kreisvorstand gewählt werden: Marcel Wölfe als neuer Kreisvorsitzender und Florian Conrad als stellvertretender Kreisvorsitzender.

**Julius Braunsberger**

**Kreisvorsitzender der Jungen Liberalen Main-Taunus**

## WETTERAU

Bei uns JuLis in der Wetterau hat sich in den letzten Monaten einiges getan!

Angefangen von unserem großartigen Mitgliederzuwachs um die Bundestagswahl herum bis zur Gründung unseres zweiten Ortsverbandes in Bad Nauheim. Neben Bad Vilbel und Bad Nauheim sind zusätzlich weitere Ortsverbände in der Ostwetterau in Planung.

Kommunalpolitisch läuft es ebenfalls super. Neben unserer stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden in Bad Nauheim, Paula Preiß, haben wir mit unserer Kreisvorsitzenden Julia

Russmann seit neustem unsere erste Fraktionsvorsitzende in Bad Vilbel.

Unsere Treffen finden einmal monatlich mittwochs abwechselnd in Bad Vilbel, Bad Nauheim und der Ostwetterau statt. Wir freuen uns über euren Besuch!

**Julia Russmann**

**Kreisvorsitzende der Jungen Liberalen in der Wetterau**

# BuVoNEWS

Politisch war unsere Arbeit im Bundesvorstand im Wesentlichen von den beiden großen Themen Corona und der Ukraine-Krise geprägt. Bezüglich der Aufhebung aller Corona-Maßnahmen am Freedom-Day haben wir uns insbesondere gegen einen unbefristeten Basisschutz positioniert. Dabei habe ich intensiv für unsere Hessen-Beschlusslage geworben. Das Ergebnis ist jedoch wie immer ein Kompromiss. Jedoch finde ich, wir können damit sehr zufrieden sein. In der Ukraine-Krise waren die Jungen Liberalen die Ersten, die Waffen-Lieferungen gefordert haben. Darüber hinaus haben wir eine klare Kante gegen Russland, weitreichende Sanktionen und einen Import-Stopp für russisches Öl und Gas gefordert.

Zusammenfassend könnte man sagen: Corona-Maßnahmen runter, Russland-Maßnahmen rauf.

In einer Zeit ohne Bundestagswahlkampf liegt unser Fokus nun aber auch auf der innerverbandlichen Arbeit. Ich habe mir für dieses Amtsjahr insbesondere die Einführung eines neuen Mitgliederverwaltungssystems als Ziel gesetzt. Dies ist aber nur eines von zahlreichen Digitalisierungsprojekten, die ich gemeinsam mit dem IT-Squad bearbeite.

**Felix Kibellus (28) aus dem KV Gießen hat Informatik an der Goethe Universität in Frankfurt am Main studiert und arbeitet als Consultant in einem IT Startup. Als Mitglied des Bundesvorstands betreut er die IT Infrastruktur der Jungen Liberalen. Ihr erreicht ihn unter [kibi500@julis.de](mailto:kibi500@julis.de).**

# REZENSIONEN

## REZENSION NUDGE WIE MAN KLUGE ENTSCHEIDUNGEN ANSTÖSST

Stell dir vor, du bist in deiner Lieblingskantine, zum Beispiel in der Schule oder der Uni, um etwas zu Mittag zu essen. Die Kantine platziert den Salat ganz vorne und Süßspeisen weiter im Hintergrund – klingt banal, allerdings hat allein die Anordnung von Speisen einen Einfluss auf die Entscheidung, welches Essen du auswählen wirst. Ganz ohne Zwang wird Einfluss auf das Konsumverhalten genommen. Die beiden Autoren Richard Thaler und Cass Sunstein nennen dies einen Nudge – einen Schubser in die richtige Richtung.

In dem Buch stellen die beiden Professoren auf eine sehr anschauliche und unterhaltende Art und Weise den Ansatz des libertären Paternalismus vor. Klingt auf den ersten Blick wie ein Oxymoron, auf den zweiten wird aber deutlich, dass es viele Situationen gibt, in denen uns allen solche Nudges im Alltag begegnen und unser Leben beeinflussen. Denkt an den Supermarkt, dessen Regale auf eine bestimmte Art und Weise befüllt werden, die Warnhinweise auf Zigarettenspackungen oder an die Zustimmungsbzw. Widerspruchslösung bei der Organspende.

Jeder Einzelne hat nach wie vor dieselben Auswahlmöglichkeiten und Entscheidungsfreiheiten (libertär). Und trotzdem beeinflussen uns Nudges in unserem Verhalten (Paternalismus). Auch die Essensauswahl in der Kantine bleibt trotz unterschiedlicher Anordnungsmöglichkeiten dieselbe und ihr könnt frei entscheiden, was ihr essen möchtet. Die Grenzen des Ansatzes liefern die beiden Autoren selbst: Menschen. Denn bekanntermaßen sind sie nicht perfekt, machen Fehler und verhalten sich zuweilen unvernünftig.



**Niklas Hannott (26) ist Landesvorsitzender der JuLis Hessen und arbeitet als Referendar an einem Gymnasium in Marburg. Ihr erreicht ihn bei Instagram, Facebook oder unter [hannott@julis.de](mailto:hannott@julis.de).**

# POWER TENDS TO CORRUPT: DIE SUCHE NACH EINER FREIHEITLICHEN ORDNUNG

Wie sieht eine Verfassung der Freiheit aus? Diese Frage hat im Laufe der Geschichte des Liberalismus vielfältige Antworten heraufbeschworen. Eine herausstechende Antwort auf diese Frage lieferte der Österreichische Ökonom Friedrich August von Hayek. Ich möchte euch sein Magnum Opus – **„Die Verfassung der Freiheit“** – vorstellen und berichten, warum sie auch heute noch relevant ist.

Entgegen der landläufigen Lesart ist Hayek keineswegs der ultra-radikale Libertäre, zu dem er oft stilisiert wird. Er war ein Kind seiner Zeit, geprägt vom politischen Aufleben radikal-kollektivistischer Ideologien. Insbesondere der Aufstieg der Nationalsozialisten und die beiden Weltkriege (von denen er im ersten gedient hat), prägten ihn nachhaltig. Stefan Kolev, Professor für Politische Ökonomie an der HWWI Zwickau, sieht Hayek in der Zeit von 1930 bis in die späten 1950er als ordoliberalen politischen Ökonomen, der sich mit der Frage, wie eine stabile liberale Ordnung auszusehen hat, beschäftigt hat. Diese Zeit wird von seinen zwei bekanntesten Werken demarkiert: „Der Weg zur Knechtschaft“ und „Die Verfassung der Freiheit“.

Ist ersteres noch eine Warnung an den planwirtschaftlichen Zeitgeist, ist seine Verfassung der Freiheit das positive Programm, das Komplement zum Weg zur Knechtschaft. „Die Verfassung der Freiheit“ geht darüber hinaus, den Liberalismus „nur“ zu rechtfertigen (siehe „Liberalismus“ – von Mises). In seinem Magnum Opus zeigt Hayek die

Grenzen staatlichen Handelns auf, er benennt die Vorbedingungen von Freiheit und setzt sie in ein interdependentes System der Ordnungen ein. Das Buch folgt dabei drei großen Abschnitten; Hayek beginnt seine Analyse einer freien Gesellschaft mit dem Versuch, persönliche Freiheit zu definieren. Er folgt dabei nicht der konventionellen Aufteilung in positive und negative Freiheit, sondern schreibt selbst: „in unserem Sinn [gibt es] nur eine Freiheit, die dem Grade nach, aber nicht in ihrer Art veränderlich ist.“

Hayeks Vorstellung von Freiheit beschreibt einen Zustand, in dem Andere von der Willkür und dem Zwang ihrer Mitmenschen frei sind. In ausgebauter Form fungiert diese republikanische Definition von Freiheit als Ausgangspunkt für die folgende umfangreiche Diskussion der „Rule of Law“. Die Logik von Hayeks Argument ist, dass Freiheit eine Folge bestimmter formaler Restriktionen der Gesetzgebung ist; Gesetze unter der „Rule of Law“ müssen drei Kriterien erfüllen: sie müssen abstrakt, generell und allgemeingültig sein.

Alleinige Aufgabe des Staates ist es, Gesetze, die diese Kriterien erfüllen, durchzusetzen; eine erweiterte Form von Hayeks Argument aus „Der Weg zur Knechtschaft“. Hayek liefert damit eine wirksame Blaupause, von der aus wir weiterdenken können. So tat es auch Hayek; war er anfangs noch zuversichtlich, dass der Rahmen der Wettbewerbsordnung bewusst gestaltbar und formbar ist, nahm seine Besorgnis über die „Anmaßung von

Wissen“ hinsichtlich der kognitiven Grenzen der Gestaltbarkeit und Formbarkeit ebendieser Ordnung später eine deutlich prominentere Rolle ein.

Hayek schließt sein Buch mit der Anwendung dieses Systems auf die zeitgenössische Politik ab. Die Macht der Regierung zu beschränken, damit eigenverantwortliche Individuen ihre eigenen Ziele unter Anwendung ihres eigenen Wissens verfolgen können, ist dabei der Kern von Hayeks Argument. Wir sollten dort Weitermachen



**Paul Wetzel (22) ist Beisitzer im Kreisvorstand der Jungen Liberalen Frankfurt.**



# AUF EINEN KAFFEE MIT OLIVER STIRBÖCK

Unsere Chefredakteurin Jana Stock hat sich mit Oliver Stirböck, Kreisvorsitzender der FDP Offenbach und Mitglied des Hessischen Landtages, getroffen. Bei einem Kaffee haben sie über seine Zeit bei den Jungen Liberalen und über seine Gedanken zur offenen Gesellschaft gesprochen.

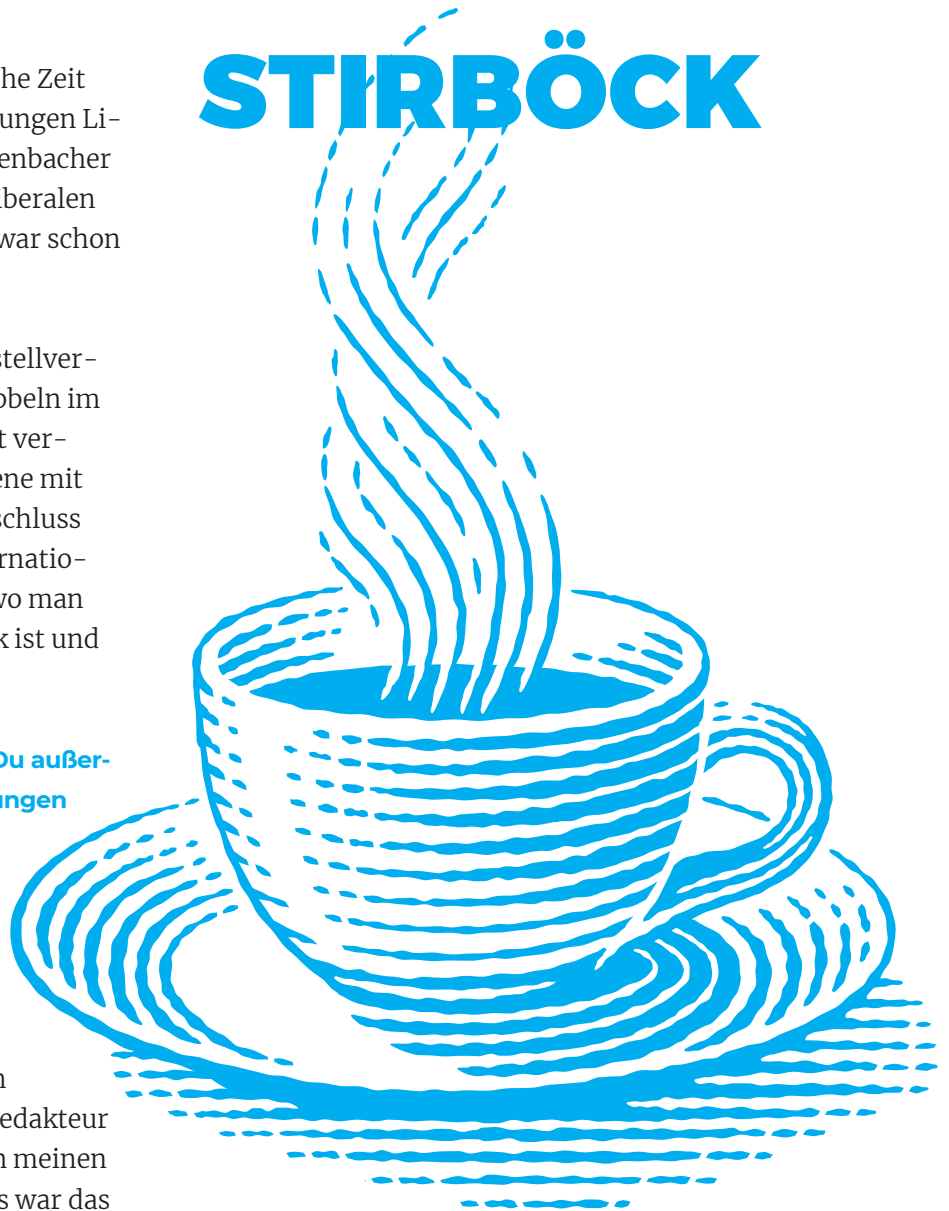
**Jana: Ollie, Du hast eine lange politische Laufbahn hinter Dir und warst auch lange Zeit bei den Jungen Liberalen aktiv. Welche der Positionen, die Du innehattest, hat Dich am meisten geprägt?**

Oliver Stirböck: Die für mich aufregendste politische Zeit war wohl die des Beisitzers im Kreisvorstand der Jungen Liberalen Offenbach Stadt, weil es damals in der Offenbacher FDP und dementsprechend auch bei den Jungen Liberalen heiß herging. Es gab einen irren Wettbewerb. Das war schon eine sehr aufregende Zeit.

Eine weitere sehr spannende Position war die als stellvertretender Bundesvorsitzender. Da ist man mit Kribbeln im Bauch zum Bundeskongress gefahren und hat dort versucht, Dinge voranzubringen, auch auf Bundesebene mit der FDP. Wir hatten damals zum Beispiel den Ausschluss der rechten nationalen FPÖ aus der Liberalen Internationale durchgesetzt. Das waren tolle Erfahrungen, wo man den Eindruck hatte, dass das wirklich große Politik ist und vielleicht war es das auch ein bisschen.

**Jana: In Deiner Zeit als Bundesvorsitzender warst Du außerdem Chefredakteur des Mitgliederzeitschrifts der Jungen Liberalen Hessen, das sich damals noch Journal Liberal nannte. Kannst Du dich noch an Deinen allerersten Artikel erinnern?**

Oliver Stirböck: Ich habe natürlich in den vier Jahren ziemlich viele Artikel geschrieben, zumal Schreiben meine Leidenschaft war und ist, und ich eigentlich mal das Berufsziel hatte, Spiegel-Chefredakteur zu werden. Ich kann mich aber tatsächlich noch an meinen allerersten Artikel im Journal Liberal erinnern. Das war das Editorial, das dem Chefredakteur zusteht. Und soweit ich



mich erinnere, war es ein Appell an die stärkere Profilierung der Freien Demokraten in der damaligen christlich-liberalen Koalition. Aber auch eine Kritik an dem leider viel zu früh verstorbenen Jürgen W. Möllemann und seinem konservativen Schaumburger Kreis, der gleichsam einen Kreis in der Bundestagsfraktion in der FDP darstellte. Die hatten sich meiner Ansicht nach zu sehr auf Kosten der Partei profiliert. Es war ein sehr politisches und meinungsmutiges Editorial.

**Jana: Die aktuelle YouLi-Ausgabe wird ebenfalls spannend und steht unter dem Thema „Offene Gesellschaft“. Was verstehst Du unter einer offenen Gesellschaft?**

Oliver Stirböck: Meine Schule war die Leibniz-Schule in Offenbach. Damals in den Achtzigerjahren gab es einen gesprayten Spruch über der Schule: „Popper-Schule“ Das war doppeldeutig gemeint: einerseits als Schule von Popper, von Pop stammend, im Gegensatz zu den Punkern. Andererseits eine Schule, in der Karl R. Popper sehr stark gelehrt wurde. Ich bin ein großer Anhänger von Karl Popper und seiner Lehre von der offenen Gesellschaft, einer Gesellschaft, die nicht durch Ideologien bestimmt ist, sondern die vom offenen Diskurs lebt. Und das ist es auch, was ich unter einer offenen Gesellschaft verstehe.

**Jana: Leben wir Deiner Meinung nach in einer uneingeschränkt offenen Gesellschaft?**

Oliver Stirböck: Die offene Gesellschaft wird immer bedroht. Aber natürlich ist die Bundesrepublik die offenste Gesellschaft, die es je auf deutschem Boden gab, mag sie noch so sehr bedroht werden von ihren Feinden.

**Jana: Wer sind denn Deiner Meinung nach ihre Feinde? Und was können die Jungen Liberalen dafür tun, um die offene Gesellschaft aufrechtzuerhalten und zu stärken?**

Oliver Stirböck: Die offene Gesellschaft wird aus meiner Sicht einerseits durch die Intoleranz der politischen Rechten bedroht, die sich derzeit vermehrt sehr radikal äußert.

Aber sie wird auch durch ein Übermoralisieren von links bedroht. Von der angeblich „woken“ Bewegung, die sich selbst für wach hält, aber alles, was nicht in ihre eigene Moralvorstellung passt, als nicht mehr tragbar deklariert und aus dem gesellschaftlichen Diskurs ausschließt. Das ist für mich die fast größere Bedrohung. Bei der Bedrohung durch die politische Rechte ist es offensichtlich, dass sie gegen unsere offene Gesellschaft gerichtet ist. Aber die Bedrohung, die durch linke Übermoralisierung und durch die Diskursverengung stattfindet, die ist nicht so offensichtlich.

Und besonders auch dagegen müssen wir als Liberale Stellung beziehen. Ich glaube, es ist der Auftrag einer Liberalen Jugendorganisation, sich für die offene Gesellschaft einzusetzen und gegen ihre Feinde zu verteidigen, wie das Buch von Karl Popper eben auch heißt („Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“).

**Jana: Vielen Dank für Deinen Appell und das interessante Gespräch, Ollie.**



**Oliver Stirböck MdL ist Kreisvorsitzender der FDP in Offenbach und seit 2019 Mitglied des Hessischen Landtags. Seit 2009 gehört er dem FDP-Landesvorstand an und ist stellvertretender Bezirksvorsitzender der Partei in Rhein Main. Er sammelte außerdem politische Erfahrung bei den Jungen Liberalen als Stellv. Bundesvorsitzender für Pressearbeit (1993-1994) sowie für Programmatik (1996-1998) und war Chefredakteur des Journal Liberal, dem Vorgänger-magazin des YouLi.**

# RED D A K T I O N



**Viola Gebek ist 22 Jahre alt und im letzten Semester ihres Masterstudiums Sustainable Marketing & Leadership in Wiesbaden. Ihr Schwerpunkt liegt bei Marketing und Kommunikation und sie ist Vorsitzende für Presse und Öffentlichkeitsarbeit bei den Jungen Liberalen Main-Taunus. In der Stadtverordnetenversammlung von Flörsheim setzt sie sich für liberale Ideen ein. Wie Jana ist sie seit Anfang des Jahres Chefredakteurin des YouLi-Magazins. Ihr erreicht sie unter**

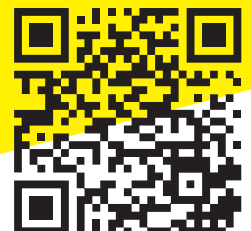
**[viola.gebek@julis.de](mailto:viola.gebek@julis.de) .**



**Jana Stock ist 27 Jahre alt und in den letzten Zügen ihres Masterstudiums der Deutschen Literatur an der Goethe-Universität in Frankfurt. In den letzten Jahren hat sie mehrere Praktika im Bereich der Unternehmenskommunikation und Presse- und Öffentlichkeitsarbeit absolviert. Seit Januar dieses Jahres ist sie Chefredakteurin des YouLi-Magazins. Privat besitzt sie eine Leidenschaft für Literatur und fürs Schreiben. Ihr erreicht sie unter**

**[jana.stock@julis.de](mailto:jana.stock@julis.de).**

**WIE HAT DIR DIE YOULI-AUSGABE  
GEFALLEN? SAG' UNS DEINE MEINUNG!  
HIER GEHT'S ZUR UMFRAGE:**



## **WIR BEDANKEN UNS HERZLICH BEI FOLGENDEN FÖRDERMITGLIEDERN FÜR DIE UNTERSTÜTZUNG UNSERER ARBEIT:**

Oliver Stirböck, Hans-Joachim Otto, Dr. Frank Blechschmidt, Leif Blum, Dieter Kellermann, Frank Sürmann, Jürgen Lenders, Wolfgang Greilich, Peter Engemann, Andrea Kaup, Axel Vogt, Jürgen Menzel, Florian Rentsch, Bettina Stark-Watzinger, Stefan von Wangenheim, Anette Greilich, Brigitte Schlüter, Björn Sängler, Stefan Ruppert, Hans-Jürgen Hielscher, Anna Linke-Diefenbach, Stefan Müller, Roland Hoffmann, Jochen Kilp, Manfred Lister, Nicola Beer, Wilderich Heising, Dr. Lasse Becker, Matthias Nölke, Alexander Müller, Till Mansmann, Wiebke Knell, Bernhard Kammer, Jens Jacobi, Dieter Schütz, Kirill Steinert, Robert Dübbers, Haceli Bozdemir, Jochen Rube

**IN UNSERER NÄCHSTEN AUSGABE DREHT  
SICH ALLES UM KUNST, KULTUR UND MEDIEN-  
POLITIK. HABT IHR LUST, DAZU ETWAS BEI-  
ZUTRAGEN UND DAS YOU LI AKTIV MITZUGE-  
STALTEN? DANN MELDET EUCH GERNE BEI  
UNSEREN CHEFREDAKTEURINNEN.**

**IMPRESSUM: JUNGE LIBERALE HESSEN**  
**MORITZSTRASSE 56**  
**65185 WIESBADEN**

**INFO@JUNGE-LIBERALE**

Landesvorsitzender: Niklas Hannott  
Redaktion: Jana Stock, Viola Gebek  
V.i.S.d.P.: Patrick Schütz

Alle Rechte vorbehalten. Namentlich gekennzeichnete Artikel sind Beiträge des jeweils genannten Autors und spiegeln nicht in jedem Fall die Meinung der Jungen Liberalen Hessen wieder.